MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1922

361 (9.8.1922) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-204842

Mittwoch, 9. August. Mittag-Ausgabe. 1922. — Nr. 361

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 70.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 210.—. Einzelnummer Mk. 2.00. Postscheckkonto Nr. 17590 Karlsruhe in Baden und Nr. 2017 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E 6, 2. Geschäfts-Nebenstelle Neckarvorstadt, Waldhofstraße Nummer 6. Fernsprecher Nummer 7040, 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zwölfmal.

Badische Neueste Nachrichten.

Anzeigenpreise: die kleine Zeile Mk. 10.— ausw. Mk. 12.— Stellengef. u. Fam.-Anz. 20% Nachl. Rekl. Mk. 40 ausw. Mk. 45 Annahmeschluß: Mittagblatt vorm. 9½ Uhr, Abendbl. nachm. 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmt. Tagen, Stellen u. Ausgaben w. keine Verantwortg. übern. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu kein. Ersatzansprüchen i. ausgef. oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Der Londoner Handel.

Schwere Besorgnisse.

⊡ Berlin, 9. August.

(Von unserem Berliner Büro.)

Das Schlagwort, das Poincaré selbst zu Anfang in die Londoner Verhandlungen geworfen hat, rechtfertigt die schlimmsten Befürchtungen. Namentlich in wirtschaftlichen Kreisen erblickt man, wie wir hören, in den „produktiven Pfändern", die der französische Ministerpräsident als Gegenleistung für ein Moratorium verlangt, eine neue schwere Bedrohung des deutschen Wirtschaftslebens. Dies gilt insonderheit von der Forderung der Errichtung einer inneren Zollgrenze östlich der Ruhr. Gerade in der Kohlenfrage brennt bekanntlich die Not der Reichsregierung auf den Fingern und jedermann weiß, daß wir in stärkster Sorge sind, wie der Industrie auch nur die nötigsten Kohlen zugeführt werden können. Eine neue Belastung nach dieser Richtung hin würde allein schon unabsehbare Folgen nach sich ziehen.

Man darf sich nicht in Sicherheit wiegen lassen durch die Londoner Meldung, daß der Eindruck, den Poincaré mit seinem Programm am ersten Tag erzielt habe, auf die übrigen Konferenzteilnehmer einen denkbar ungünstigen Eindruck gemacht habe. Es hat auch schon nicht allzuviel zu besagen, wenn der Sachverständigen-Ausschuß sich gegen Poincarés Vorschläge erklärt hat. In hiesigen politischen Kreisen glaubt man vielmehr, daß die eigentliche Entscheidung in den Besprechungen erfolgen wird, die sich der Oeffentlichkeit entziehen. Es bleibt die Frage offen, ob der Widerstand Englands wirklich so stark ist, wie er sich in der ersten Rede Lloyd Georges gezeigt hat. Frankreich wird selbstverständlich zu gewissen Abstrichen bereit sein und von vornherein damit gerechnet haben. Es ist bezeichnend, daß ein Teil der französischen Presse schon einen Erfolg Poincarés darin sehen zu dürfen glaubt, daß man in London überhaupt an eine Erörterung der von ihm vorgeschlagenen Garantien eingetreten ist. In der Tat liegt für Deutschland bereits eine schwere Gefahr darin, daß man sich schon mit der Frage beschäftigt hat, wie weit die Zwangsverwaltung und Bewirtschaftung Deutschlands, die Poincaré verlangt, überhaupt durchführbar wäre.

WB. London, 8. Aug. Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Expreß" schreibt, die britische Regierung, die sich über die ernste Lage Deutschlands und Europas im Allgemeinen klar sei, sei der Ansicht, daß die Franzosen ihre Beschwerden übertrieben. Der erste Eindruck von Poincarés Plan sei nicht günstig. Die britische Regierung werde auf keine leichtsinnige Politik eingehen, die ein weiteres Chaos in den europäischen Finanzen anrichten könne. Aus demselben Grunde, aus dem Großbritannien gegen militärische Sanktionen sei, würden die praktischen Kontrollmaßnahmen jetzt für den englischen Standpunkt vielleicht unmöglich sein.

Die Stimmung der diplomatischen Kreise sei gestern Abend sehr sorgenvoll gewesen, aber alle Ministerpräsidenten hätten darin übereingestimmt, daß die äußersten Anstrengungen unternommen werden müßten, um die Einigkeit der Alliierten bezüglich ihrer Ziele und ihrer Politik vielleicht aufrecht zu erhalten.

Der diplomatische Korrespondent der „Daily News" schreibt: Wie ich höre, geht der erste Eindruck, den der Garantieplan Poincarés bei den verschiedenen maßgebenden Sachverständigen machte, dahin, daß er die von Poincaré erwarteten praktischen Resultate nicht zeitigen werde.

Poincarés Mindestprogramm.

)(Berlin, 9. Aug. In Paris erklärt man ganz offen, das Los des Kabinetts werde in London entschieden. Deshalb werde Poincare Lloyd George einen außerordentlich entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Das Mindestprogramm Poincares seien folgende zwei Punkte: 1. Kontrolle des Exports, 2. eine Steuer auf die Förderung von Kohlen im Ruhrgebiet. Nur unter diesen Bedingungen würde sich Poincare mit einem Moratorium einverstanden erklären.

Der englische Widerstand.

WB. Paris, 8. August.

Havas erfährt von seinem Sonderberichterstatter in London, die Sitzung der alliierten Sachverständigen sei um 1¾ Uhr zu Ende gegangen. Ihrem Auftrage entsprechend hätten sie die Frage geprüft, ob die von Poincare vorgeschlagenen Maßnahmen produktiver Art wären. Sie hätten sich darüber geeinigt, daß die Maßnahmen tatsächlich eine im Vergleich zu den deutschen Verpflichtungen geringe Summe einbrächten, die aber immerhin sich auf 300 bis 400 Millionen Goldmark stellen würde. Englischerseits habe man indessen eingewandt, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen einen nur geringen Ertrag bringen würden und die Gefahr mit sich brächten, das deutsche Wirtschaftsleben zu desorganisieren. Der englische Widerstand habe sich besonders gegen die Besteuerung der aus dem Ruhrgebiet abbeförderten Waren gerichtet.

WB. London, 8. August. Die zunächst entstandene Sorge, daß Poincares Rede ein Ultimatum darstelle, das die Alternative der uneingeschränkten Annahme oder des selbständigen Vorgehens Frankreichs enthalte, ist durch die Intervention Chamberlains zerstreut worden, der Poincare zu der Erklärung veranlaßte, daß, während der Grundsatz der Kontrolle anerkannt werden müßte, ihre endgültige Form eine offene Frage bilde. Einer der Haupteinwände Lloyd Georges gegen den Plan Poincares war, daß die anzuwendenden Methoden sich im Gegensatze zu früheren Sanktionen im Rheinlande bezahlt machen müßten.

Der italienische Außenminister deutete an, daß er noch nicht bereit sei, sich vorbehaltslos dem britischen oder französischen Standpunkt anzuschließen.

Die belgische Delegation hält mit ihren Ansichten noch zurück. Sie sei an der Frage der Kriegsschulden nicht interessiert, es wird deshalb gute Dienste tun können, wenn diese mit der Reparationsfrage in Verbindung gebracht werde, was unbedingt geschehen müsse, wenn nicht auf dieser, dann auf der nächsten Konferenz, wovon gestern inoffiziell gesprochen worden sei.

Gegen Schluß der Sitzung betonten Lloyd George und Poincare die Wichtigkeit der Einigkeit und der Solidarität unter den Alliierten.

Im Verlaufe der gestrigen Beratung wurde die Frage aufgeworfen, ob die Regierungen die Reparationskommission unterrichten sollen, welche Entscheidungen sie zu treffen habe. Man entschied sich, daß es gut wäre, wenn den Kommissionmitgliedern gemeinsame Instruktionen erteilt würden.

WB. London, 8. Aug. (Havas.) Die Sachverständigen hielten heute nachmittag abermals eine Sitzung von kurzer Dauer ab. Die Ministerpräsidenten werden gegen Ende des Tages zusammentreten.

Gereizte Stimmung.

EP. London, 8. Aug. Der gestrige Konferenztag wickelte sich, wie Europapreß berichtet, in einer Atmosphäre der Spannung ab, wie man sie in den alliierten Konferenzkreisen bisher noch nicht kennen gelernt hat. In jeder Aeußerung machte sich die Furcht vor unüberwindlichen Schwierigkeiten bemerkbar. Als Poincare seinen Plan über die Finanzkontrolle entwickelte, unterbrach ihn Schanzer mit den Worten: „Ich leugne nicht, daß Ihr Vorschlag Geld einbringen kann, aber ich habe Bedenken in politischer, sozialer und moralischer Hinsicht." Poincare antwortete: „Danke." Als etwas später Lloyd George Poincare unterbrach und ihn darauf aufmerksam machte, daß er sich Funktionen der Reparationskommission anmaße, sagte Poincare: „Ich glaube, ich habe Ihnen diese Anmaßung auch schon öfters vorhalten können." Im allgemeinen glaubt man, daß der ganze Komplex der Schuldenfragen auf einer weiteren Konferenz, die, wie man hier erwartet, in einem neutralen Staat stattfinden wird, besprochen werden muß.

Ernste Meinungsverschiedenheiten.

)(Berlin, 8. Aug. Ueber die Londoner Konferenz liegen aus London und Paris nur sehr spärliche Nachrichten vor. Wie die „D. A. Z." aus London erfährt, spricht das Regierungsblatt „Daily Chronicle" von einer Krise. Die Zeitung drückt die Hoffnung aus, daß mit Frankreich dennoch eine Verständigung möglich sein werde. Die „Times" und die „Morning Post" ermahnen die englische Regierung, einen Streit zwischen den Alliierten zu vermeiden. „Daily News" meint, die Klagen Poincares gegenüber der Haltung der anderen Alliierten in der Reparationsfrage wären grundlos, weil England auf den übrigen Konferenzen immer zugestimmt hätte, ausgenommen in den Fällen, wo Frankreich selbst seine Vorschläge wieder zurückgezogen hätte. — Aus Paris erfährt die „D. A. Z.", daß derselbe Sonderberichterstatter des „Petit Journal" die Meinungsverschiedenheiten als ernst bezeichnet. Auch die vorgeschlagenen Heilmittel dürften zu spät kommen. Man hätte darüber besser auf der Konferenz von Cannes verhandeln sollen, als der Markkurs noch elastisch und der Puls des Franken belebt gewesen sei. Von der Wirkung der heute vorgeschlagenen Maßnahmen sei man nicht überzeugt. Man zaudere deshalb, sie Deutschland aufzudrängen, da man mit einem Stillstand der deutschen Industrie und einer Verminderung der deutschen Zahlungskraft rechne.

)(Berlin, 9. August. Es wird darauf hingewiesen, daß sich die Ansichten der beiden Premierminister in London zwar stark widersprechen, daß hinter allem aber als Schlüssel einer Verständigung die Frage der interalliierten Schulden steht. Poincare habe durch die Anspielung auf die Note Balfours einen Ausweg aus der gegenwärtigen Sackgasse gezeigt. Die französische Delegation sei über Poincares Erklärungen sehr befriedigt. Es heißt, England werde sich nicht in die französischerseits ergriffenen Retorsionsmaßnahmen einmischen. Es stehe auf dem Standpunkt, daß das Elsaß französisches Gebiet sei und nicht von den Vertragsbestimmungen berührt werde.

In London verlautet, selbst ein Mißerfolg der Konferenz werde keinen Bruch der Entente bedeuten. Unter Umständen müsse eine neue Konferenz auf einen späteren Zeitpunkt einberufen werden. Inzwischen müsse man Deutschland beobachten, um weitere Angaben über die Zahlungsfähigkeit zu sammeln. Außerdem soll Frankreich von jedem isolierten Vorgehen gegen Deutschland abgehalten werden. Man schlägt vor, ein Abkommen in diesem Sinne mit Poincare zu schließen, indem man einen Teil seiner Vorschläge als Grundlage anerkenne.

Englischerseits werde vorgeschlagen, die Sachverständigen zur Angabe von Mitteln zu veranlassen, um die Sachleistungen von Deutschland zu erhöhen. Die französischen Forderungen würden fast durchweg von Belgien unterstützt, während Italien ganz und Japan zum größten Teil auf Seiten Englands stünden. Ueber eine interessante Anregung sei noch keinerlei Entscheidung getroffen. Danach soll die deutsche Ausfuhrabgabe, die bisher von den einzelnen Staaten individuell eingezogen und verwendet wurde, der Reparationskommission zugeführt werden. Der Sachverständigenausschuß und die Vollkonferenz sollen am Mittwoch zusammentreten.

Politische Schuld oder Handelsschuld?

WB. Paris, 8. Aug. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" meldet, ein französischer Minister habe ihm die Lage nach dem ersten Verhandlungstag wie folgt gekennzeichnet: Wir sehen der Umwandlung der deutschen politischen Schuld in eine reine Handelsschuld entgegen, das heißt, der Mobilisierung der deutschen Verpflichtungen durch eine Anleihe. Der gleiche Berichterstatter erklärt, er habe den Eindruck, der Bruch der alliierten Einheitsfront sei nicht mehr zu befürchten.

*

⊡ Berlin, 9. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Wie das „B. T." gegenüber abweichenden Meldungen feststellt, sind von der deutschen Regierung aufgrund der Note des französischen Ministerpräsidenten durch ihre Botschafter in den alliierten Ländern in den letzten Tagen keinerlei besondere, weder offizielle noch inoffizielle Schritte unternommen worden. Den deutschen Vertretern im Ausland ist lediglich, wie stets auch bis in die letzte Zeit von den amtlichen Stellen Material für ihre laufenden diplomatischen Besprechungen besonders über Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Lage zugegangen.

⊡ Berlin, 9. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Aus London kommt die Meldung, daß Lloyd George plane, eine Sachverständigenkommission nach Deutschland zu schicken, um an Ort und Stelle die Möglichkeiten für die Durchführung der vorgeschlagenen Garantiemaßnahmen zu prüfen.

Elsaß-Lothringen und die Sanktionen.

ORB. Straßburg, 8. Aug. In der elsaß-lothringischen Presse begegnet die Ankündigung der Pariser Presse von Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen und von der Beschlagnahme ihres Vermögens keiner günstigen Aufnahme. Denn wenn auch das nach dem Völkerrecht bestehende Recht der Regierung zur Ausweisung wirklich lästiger Ausländer nicht bestritten wird, so weist man doch auf die wirtschaftlichen Schäden hin, die mit einer solchen Maßnahme für Elsaß-Lothringen ohne Zweifel verknüpft sein würde, falls hierbei eine gewisse Grenze überschritten werden sollte. Außerdem glaubt man, daß die in Betracht kommenden Personen Zeit genug haben würden, ihr bewegliches Vermögen in Sicherheit zu bringen. Von Paris aus wird deshalb auch schon einigermaßen beschwichtigend eingegriffen, indem, nach einer Meldung des „Matin" im Ministerrat nochmals festgestellt worden sei, daß Frankreich nicht die Absicht habe, allgemein gegen die Deutschen vorzugehen und ihre Ausweisung in einem so großen Maßstabe vorzunehmen, wie dies in einem Teil der französischen Presse behauptet worden war. Außerdem würden keinerlei Maßnahmen gegen Deutsche ohne vorherige Befragung der Lokalbehörden getroffen werden; die Sanktionen könnten sich nur gegen solche Deutsche richten, die weder nützlich noch in den Departements sympathisch seien. Hiernach wird man zunächst das weitere abzuwarten haben. Die Absicht der französischen Regierung scheint zu sein, zunächst die privaten Interessen deutscher Staatsangehöriger zu treffen.

Eine deutsche Denkschrift.

Ein Drittel des Volksvermögens abgeliefert!

Berlin, 9. August. (Von unserem Berliner Büro.) Die deutsche Regierung hat vor der Londoner Konferenz den alliierten Regierungen eine Darstellung der deutschen Wirtschaftslage übermittelt, die jetzt im Auszug in einigen englischen Blättern veröffentlicht wird, sodaß das deutsche Publikum erst auf diesem Umwege von diesem deutschen Einspruch Kenntnis erlangt. Die ziemlich umfangreiche Darstellung beschäftigt sich eingehend mit Deutschlands Lage im Sommer 1922, die den Tatsachen entsprechend als überaus bedenklich geschildert wird. Deutschland habe schon jetzt aus seinem überhaupt mobilisierten Vermögen und mobilen Gütern insgesamt 45 Milliarden Goldmark aufgrund des Friedensvertrages geleistet. Rechnet man den Goldwert der Gebietsverluste und den Verlust der Kolonien hinzu, so ergebe sich eine Summe von mehr als 100 Milliarden Goldmark. Das bedeutet im ganzen die Ablieferung von ⅓ des ursprünglichen deutschen Volksvermögens. Die Denkschrift widerlegt dann eingehend das Märchen von dem scheinbaren inneren Wohlstand Deutschlands und kommt zu dem Schluß, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit für äußere Schulden, insbesondere für Barzahlungen vorerst nicht vorhanden sei. Auch die Möglichkeit zur Aufbringung von Steuern werde weit überschätzt.

Revision der Liquidierungsverkäufe?

EP. Paris, 8. Aug. Nach dem „Newyork Herald" beabsichtigt die deutsche Regierung, die Reparationskommission zu ersuchen, alle Liquidierungsverkäufe des beschlagnahmten deutschen Eigentums im Auslande zu revidieren. Ein deutscher Bote sei bereits nach London unterwegs, um diesen Plan Lloyd George persönlich vorzulegen. Die deutsche Regierung habe einen Plan aufgestellt, den sie den alliierten Regierungen zu unterbreiten beabsichtige und der eine Liste von Ungerechtigkeiten enthalte. Die Liste erwähne z. B. den Verkauf des Besitzes von Mumm in Reims, der für vier Millionen Franken verkauft worden sei, obwohl er im Jahre 1914 mindestens zu 40 Millionen eingeschätzt wurde. Zwei deutsche Villen in Cannes seien für 1 250 000 Franken verkauft worden, obwohl diese Villen kostbare Teppiche enthielten. In Marokko sei das Gut von Seckendorffs für 44 000 Franken verkauft worden, obwohl vor dem Kriege ein Angebot von 200 000 Franken dafür zurückgewiesen worden sei. Die deutsche Note beschwert sich ebenfalls darüber, daß der Wert vieler Güter dadurch vermindert worden sei, daß die Möbel nach verschiedenen Seiten einzeln verkauft worden seien und darüber, daß Frankreich letzthin beschlossen habe, die Liquidationsprozedur geheimzuhalten. Am 1. August habe außerdem die französische Regierung die monatliche Abrechnung über die Liquidation nicht mehr der deutschen Regierung zugestellt, sondern sich begnügt, in einem Briefe eine spätere Zustellung zu versprechen. Dies sei ein Bruch des Versailler Vertrages.

MARCHIVUM

Die neutrale Untersuchungskommission und die Entente.

Die neutrale Kommission zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage, die sich bekanntlich am Ende des vorigen Jahres gebildet hat, und sich aus führenden Persönlichkeiten des gesamten neutralen Auslandes zusammensetzt, hat in den letzten Tagen auf eine Anfrage an die belgische Regierung wegen etwaiger Oeffnung der Archive eine verneinende Antwort erhalten. Charakteristischerweise ist dies schon der zweite Fall, daß eine der Ententemächte sich einer objektiven Untersuchung der Kriegsursachen gegenüber ablehnend verhält. Im Frühjahr hatte die gleiche Kommission an Poincaré mit einer gleichen Anfrage über die Echtheit verschiedener Dokumente, die sich in der Sammlung der sogenannten Siebert-Akten befanden, gewandt, aber Poincaré hat sie nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Das kann niemanden, der die wirkliche Lage der Dinge kennt, überraschen. Haben doch die Ententeregierungen das größte Interesse daran, eine sachliche Untersuchung der Kriegsursachen zu verhindern, und insbesondere von einer so stark kompromittierten Persönlichkeit, wie Herr Poincaré es ist, kann man kaum erwarten, daß sie ihre Hand zur Veröffentlichung von Material bietet, das sie selbst belastet.

Einen sehr interessanten Einblick in die Ziele und Absichten dieser neutralen Untersuchungskommission gibt ein soeben erschienener Aufsatz eines ihrer angesehensten Mitglieder, des holländischen Historikers H. Japikse. Japikse stellt sich auf den Standpunkt, daß eine juristische Frage nach der Kriegsschuld keinen Sinn hat, weil es kein allgemein geltendes Recht gibt, das durch die Kriegserklärung gebrochen worden ist. Es kann sich also nur um die Untersuchung der moralischen Schuld handeln, die darin zu finden wäre, daß eine Einzelperson oder ein Volk mit Absicht oder durch Fahrlässigkeit den entsetzlichen Jammer des Krieges über Europa gebracht hätte. Diese Klärung der Begriffe ist außerordentlich zu begrüßen, denn die Entente hat es mit hervorragendem Geschick verstanden, die juristische und moralische Seite der Angelegenheit zu vermengen und das deutsche Volk als eine Nation von Verbrechern hinzustellen, die gegen ein allgemein gültiges „Völkerrecht" schon durch die bloße Kriegserklärung verstoßen haben.

Japikse versucht nun, den Umfang der Untersuchung abzugrenzen und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß es sich bei der Untersuchung der Kriegsschuldfrage um eine Klarlegung des politischen Zustandes der internationalen Beziehungen handelt, ferner um eine solche der politischen Maßnahmen und Schritte aller beteiligten Regierungen vom Tage der Mordtat in Serajewo bis zum Tage der Kriegserklärungen und endlich um eine Darstellung der Politik der Mächte während des Krieges. Mit rühmenswertem Scharfblick erkennt Japikse, daß die erste Klarstellung, die des politischen Zustandes vor Ausbruch des Weltkrieges, das Entscheidende ist, und er beginnt somit die Untersuchung mit dem Jahre 1871, mit der Begründung des Deutschen Reiches in der Mitte der anderen europäischen Staaten. Er befindet sich dabei in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen, von denen die Aktenveröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amtes geleitet ist, die gleichfalls mit dem Jahre 1871 einsetzt. In der Tat beginnen die Konflikte, die letzten Endes zum Weltkrieg führen, mit dem Tage, an dem das Deutsche Reich sich zu einem Nationalstaat zusammenschloß und in die Reihe der anderen Großmächte eintrat, womit von selbst eine Machtminderung der anderen Mächte gegeben war. Besonderes Gewicht legt Japikse bei der Untersuchung mit Recht auf die deutsch-englischen Verhältnisse, deren Geschichte im einzelnen noch zu schreiben sein wird, und über die heute nur soviel gesagt werden kann, daß es nicht einmal der reifen Staatskunst eines Bismarck gelang, den deutsch-englischen Ausgleich herbeizuführen. Ebenso will Japikse die Heeresverhältnisse aller beteiligten Mächte, den Einfluß der Presse und des Unterrichts, die kulturellen Strömungen des Pensla vismus und des englischen Imperialismus und des Alldeutschtums in Rechnung setzen. Auf diese Weise wird man, darin ist Japikse unbedingt beizupflichten, eine überaus sichere Grundlage in der Beurteilung finden, und die Schnelligkeit, mit der sich in den kritischen Julitagen des Jahres 1914 die Katastrophe vollzog, findet, abgesehen natürlich von der an den Tag gelegten Unfähigkeit nahezu sämtlicher Diplomaten, ihre natürliche Erklärung in den tiefgreifenden Interessengegensätzen einzelner Staaten, wie sie sich seit Jahrzehnten vorbereitet haben.

Man wird als Deutscher mit diesem Programm des angesehenen holländischen Historikers nur einverstanden sein können, denn gerade Deutschland hat sein Lebensinteresse an einer vollen und uneingeschränkten Erkenntnis der Wahrheit. Nicht nur die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, sondern auch die eben erwähnten Akten des Auswärtigen Amtes über die Politik der europäischen Kabinette, über die Band 1—6 bereits vorliegen, werden der neutralen Kommission unschätzbares Material bieten und die Erforschung der Wahrheit wesentlich fördern.

Poincarés Vorkriegspolitik.

⊡ **Berlin**, 9. August. (Von unserem Berliner Büro.) Die Süddeutschen Monatshefte bringen jetzt im geeigneten Augenblick die angekündigten Enthüllungen über Poincarés Vorkriegspolitik. Die Veröffentlichung liefert unwiderlegliche Beweise dafür, daß Poincaré als Außenminister nicht an der für die Erhaltung des europäischen Friedens wesentlichen Annäherung der Mächtegruppen gearbeitet hat und insbesondere der Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland sich mit aller Kraft widersetzt hat, während des Balkankrieges sogar direkt die Entfachung des Weltbrandes betrieben hat. Von außerordentlicher Bedeutung sind zahlreiche, bisher noch unbekannte Depeschen und Dokumente, besonders die Protokolle der Beratungen der Generalstabschefs der französischen und russischen Armee aus den Jahren 1911/12/13. Aus den bisher noch unveröffentlichten Dokumenten ersieht man, daß der Krieg gegen Deutschland und Oesterreich systematisch vorbereitet war. Bereits im Sommer 1912 kam die Marinekonvention zwischen Frankreich und Rußland zustande. Das Netz der Kriegsvorbereitungen gegen die Zentralmächte wurde noch enger gezogen durch den Eintritt Englands. Bei der Behandlung dieser Frage macht Poincaré dem russischen Außenminister Zugeständnisse, die von größtem Interesse sind. Er berichtet, daß sowohl zwischen Frankreich und England nicht der geringste geschriebene Vertrag bestehe, die General- und Admiralstäbe beider Länder in intimer Verbindung mit einander standen. Die Form war ein mündliches Uebereinkommen, wonach England Frankreich sowohl zu Land wie zur See Hilfe versprochen hat und 100 000 Mann an die belgische Grenze schicken werde.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

EP. **Genf**, 8. Aug. Die Mandatskommission des Völkerbundes hielt Montag nachmittag 5 Uhr eine öffentliche Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende der Kommission, Marchese Theodoli, zunächst den Bericht der Kommission verlas. Zu dem sachlichen Bericht über die Verwaltung der Mandatsgebiete wandte sich der Oberkommissar für Australien, Sir Joseph Cok, gegen eine Bemerkung, die eine Kritik an der Verwaltung der Insel Nauru durch die australische Regierung zu enthalten schien. Es könne keine Rede davon sein, daß die australische Regierung die Eingeborenen ausbeute; ihre Lage sei im Gegenteil besser als früher unter der deutschen Verwaltung. Auch der Vertreter der Regierung von Neu-Seeland schloß sich dem Protest Australiens an und wies auf die Ausgaben hin, welche die Verwaltung der Mandatsgebiete den Regierungen verursache. Sir Cok fügte hinzu, daß für Australien aus den Mandatsgebieten eine Unterbilanz von 11½ Millionen Pfund Sterling erwachse. Marchese Theodoli erklärte, es würde sich um das System der Mandatsausübung handeln und nicht darum, Kritik an bestimmten Regierungen zu üben.

Die Kommission habe sich mit dem Monopol der Phosphatgesellschaft auf Nauru beschäftigt und der § 13 des Pachtvertrages scheine der australischen Regierung nicht die nötige Macht zu lassen, im Interesse der Eingeborenen zu intervenieren. Auch das englische Mitglied der Kommission, das Unterhausmitglied Ormsby Gore, unterstützte die Kritik des Vorsitzenden, indem er hervorhob, daß die Kosten der Verwaltung auf Nauru nach dem Mandatsvertrag durch die Ausbeutung der Phosphatgruben gedeckt werden sollten.

Diesen Kritiken gesellte sich dann auch noch das belgische Mitglied der Kommission, Orts, zu, dem dann Sir Cok und Sir James Allen mehrfach erwiderten. Der Vorsitzende der Kommission erklärte zum Schluß, daß die Mandatarmächte künftig in ihren Berichten selbst alles mitteilen würden, was zur Aufklärung der Mitglieder der Mandatskommission dienlich sein könnte.

In ihrem Bericht hatte die Kommission noch festgestellt, daß die Regierung von Neuseeland sich große Verdienste dadurch erworben habe, daß sie ein radikales Alkoholverbot für Samoa erlassen hatte.

Der Bürgerkrieg in Irland.

E. P. **Dublin**, 7. August. In der vergangenen Nacht kam es hier zu neuen heftigen Straßenkämpfen zwischen Republikanern und Freistaatlern. Die Republikaner haben einige Häuser besetzt, die sie zu Verteidigungsstellungen ausbauten. Zahlreiche Verletzte sind in die Spitäler eingeliefert worden. Es handelt sich aber bei diesen Kämpfen nicht um einen allgemeinen Aufstand, sondern um die Tätigkeit der Einzelgruppen von Rebellen. Die Regierung hat gestern 300 Verhaftungen vornehmen lassen.

E. P. **London**, 8. August. Die irischen Rebellen haben der Regierung neue Friedensvorschläge unterbreitet, die auf eine neue Aufteilung des südirischen Staates hinauslaufen. Sie schlugen in der Tat vor, daß ihnen der Südwesten der Insel abgetreten werde und versprachen unter dieser Bedingung den Kampf einzustellen. Die Regierung hat darauf sofort geantwortet, daß sie die Unterwerfung der Rebellen nur unter folgenden Bedingungen annehmen könne: Uebergabe des gesamten Kriegsmaterials, Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums, Angabe aller Einzelheiten über unterminierte Brücken, Straßen und Eisenbahnen, Gehorsamkeitserklärung gegenüber dem Parlament.

Der internationale Bergarbeiterkongreß.

(p) **Frankfurt a. M.**, 9. Aug. Vom internationalen Bergarbeiterkongreß wurde gestern ein Antrag Dißmann (Deutschland), das Pensionswesen auf einen einzelnen Knappschaftsverband in jedem Lande zu übertragen, nach heftiger Bekämpfung durch den Engländer Walsh und den Franzosen Barthuel an die Redaktionskommission zur Abänderung zurückverwiesen. Sodann wandte sich der Kongreß dem nordamerikanischen Bergarbeiterstreik zu. Da eine sehr lebhafte Diskussion erwartet wurde, wurde im Einverständnis mit dem amerikanischen Delegierten im Interesse der streikenden Bergarbeiter die Presse bei der Beratung dieses Gegenstandes, die sich bis in die Nachmittagssitzung hinzog, ausgeschlossen. Nach Wiederzulassung der Presse teilte der Vorsitzende den Wortlaut einer einstimmig angenommenen Erklärung der Sympathie und der Hilfsbereitschaft mit. Den Landesverbänden wird empfohlen, eine Unterstützung von 10 000 Pfund Sterling aufzubringen und so bald als möglich an den Verbandssekretär abzuliefern. Schließlich wurde noch ein Antrag über die Besserung des Pensionswesens in der vom Redaktionsausschuß vorgeschlagenen Fassung angenommen. Der Antrag lautet: „Der internationale Bergarbeiterverband tritt mit aller Energie dafür ein, daß das Los der kranken und invaliden Bergarbeiter sowie dasjenige ihrer Witwen und Waisen ein besseres wird. Er tritt auch dafür ein, daß die Berufskrankheiten der Arbeiter in das Unfallversicherungsgesetz einbezogen werden. Der internationale Bergarbeiterverband fordert von der Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern, daß ein Sozialversicherungsgesetz beschlossen wird, wobei auf die Gewährung der Pensionen in Bezug auf die Altersrente ganz besonders in gesundheitsschädlichen und gefährlichen Berufen Rücksicht zu nehmen ist. Bei solchen Berufen soll die Altersgrenze niedriger gesetzt werden. Der Kongreß ist der Meinung, daß bei Bergarbeitern der Beweis der Invalidität ohne weiteres als erbracht anzusehen ist, wenn sie das 50 Lebensjahr erreichten und 25 Jahre im Bergbau beschäftigt worden sind.

Berlin—München.

§ **München**, 8. Aug. Der bayerische Ministerpräsident, der Minister des Innern und der neue Justizminister sowie zwei Referenten aus dem Justizministerium und dem Ministerium des Innern reisen heute abend, wie bereits angekündigt, nach Berlin ab. Amtlich wird zu den Verhandlungen mitgeteilt: Ueber die Reise der bayerischen Regierungskommission nach Berlin sind in den letzten Tagen verschiedene widersprechende und nicht zutreffende Meldungen verbreitet worden. Bereits am 5. August 1922 ist eine Richtigstellung dahin erfolgt, daß durch den Gesandten von Preger eine mündliche Einladung zur Aufnahme der Verhandlungen durch den Reichspräsidenten erfolgt ist und daß die Entsendung einer Kommission der bayerischen Regierung nach Berlin in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Nunmehr hat der Reichspräsident mit Telegramm an den bayerischen Ministerpräsidenten vom 7. August die beschleunigte Besprechung der schwebenden Angelegenheiten in Berlin vorgeschlagen. Da die Verhandlungen unter persönlicher Leitung des Reichspräsidenten stattfinden, ergibt sich für den Ministerpräsidenten ohne weiteres die Notwendigkeit der Teilnahme. Graf Lerchenfeld wird sich deshalb heute, Dienstag, den 8. August, abends in Begleitung der Minister Dr. Schweyer und Dr. Gürtner nach Berlin begeben. Am 8. August vormittags hat noch eine eingehende Erörterung durch den Ministerrat und mit Vertretern der Koalitionsparteien stattgefunden, um die Grundlagen für den von der Regierungskommission einzunehmenden Standpunkt zu gewinnen.

Deutsches Reich.

Um die Erhöhung der Ausfuhrabgabe.

WB. **Berl** 8. Aug. Vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ausfuhrabgaben-Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wird mitgeteilt: Ueber die am 5. August auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums abgehaltene Sitzung des Ausfuhrabgaben-Ausschusses des Reichswirtschaftsrates ist eine irreführende Darstellung in die Presse gelangt, in der ausgeführt wird, daß für die Erhöhung der Ausfuhrabgabe 3 Mitglieder, dagegen aber zwei gestimmt hätten, und zwar Vertreter der Arbeitgeber in Industrie und Handel. Weiterhin wird mitgeteilt, auch die Arbeitgeber hätten sich nicht unbedingt gegen die Erhöhung der Ausfuhrabgaben ausgesprochen. Sie seien nur für größere Beweglichkeit eingetreten und eine zeitliche Befristung der Erhöhung.

Diese letztere Behauptung widerspricht den Tatsachen. Die beiden Arbeitgeber sprachen sich vielmehr bedingungslos gegen jede Erhöhung der Ausfuhrabgaben aus, wobei sie darauf hinwiesen, daß unter den heutigen Verhältnissen in der Industrie und im Handel unbedingt die Herabsetzung, wenn nicht die völlige Aufhebung der Abgaben notwendig erscheint.

Das italienisch-deutsche Abkommen.

)(**Berlin**, 8. Aug. Eine Agentur bringt aus Rom Einzelheiten über das italienisch-deutsche Abkommen zwecks Rückerstattung der von Italien sequestrierten deutschen Besitzungen. Deutschland habe als erste Rate 135 Millionen Lire zu bezahlen. Italien behalte sich vor, die Güter noch einmal zu sequestrieren, wenn die Zahlungen ausbleiben.

Zur Neubesetzung des Regierungspräsidiums in Koblenz und Aachen.

)(**Berlin**, 8. Aug. Gegenüber dem Protest des Rheinischen Provinzialausschusses gegen die Neubesetzung der Regierungspräsidentenposten von Koblenz und Aachen wird von zuständiger Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß die Ernennung Bauknechts und Klausners, die ja noch gar nicht erfolgt sei, sondern daß bisher nur davon gesprochen wurde, daß die Betreffenden als kommissarische Regierungspräsidenten von Koblenz und Aachen in Aussicht genommen seien. Davon abgesehen, sei aber noch zu bedenken, daß den Provinzialausschüssen verfassungsmäßig nur das Veto gegen die endgültige Ernennung zum Regierungspräsidenten zusteht, nicht aber gegen die Ernennung zum kommissarischen Regierungspräsidenten. Die Einsprüche des Provinzialausschusses gegen die beabsichtigte Ernennung Bauknechts und Klausners zum kommissarischen Regierungspräsidenten seien also verfassungsgemäß nicht gerechtfertigt.

Gegen die Verleumdung der Reichswehr.

Berlin, 9. Aug. (Priv.-Tel.) Wie die Blätter mitteilen, hat der Reichswehrminister jetzt der Reichswehr offiziell von der Erklärung Kenntnis gegeben, die er im Reichstag über die Vorgänge bei der Hindenburgfeier in Königsberg hat abgeben lassen, und ferner von dem Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Reichswehr bittet. Der Reichswehrminister erklärt in dem betr. Erlaß an das Heer: Ich lege Wert darauf, zum Ausdruck zu bringen, daß mir eine derartige Untersuchung als der beste, wenn nicht der einzige Weg erscheint, um die systematische Lügenpropaganda gegen das Heer in aller Oeffentlichkeit aufzuklären. Der Schild der Reichswehr ist blank. Ihre Haltung und ihr Auftreten wird und muß von jedem Unparteiischen wie gerade jetzt in Oberschlesien gern anerkannt werden. Wo Fehler vorkommen, werden sie abgestellt. Wir haben es nicht nötig, uns beschimpfen zu lassen und brauchen keine Untersuchung zu scheuen.

Gegen die politische Verhetzung der Jugend.

⊡ **Berlin**, 9. Aug. (Von unf. Berl. Büro. Der preußische Kultusminister hat an die Provinzialschulkollegien und die Regierungen einen Runderlaß herausgegeben, der sich gegen die Verhetzung der Jugend richtet und die Notwendigkeit einer Erziehung zu lebendiger Staatsgesinnung betont. Es soll den Schülern verboten sein, Schulvereinen anzugehören, oder an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, die sich ihrer Anschauung zufolge gegen den Staat und die geltende Staatsform richten. Das gleiche gilt von Vereinen, die Glieder der deutschen Volksgemeinschaft ihres Abkommens, ihres Glaubens und ihres Bekenntnisses wegen bekämpfen. Der Minister fordert die Berichterstattung binnen 4 Wochen über die Beobachtungen die in letzter Zeit mit Jugendbünden gemacht worden sind, die mehr oder minder parteipolitisch gefärbt sind.

Der Streik in Frankfurt.

TU. **Frankfurt** 8. Aug. Die Streiklage hat sich wenig verschärft. Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Angestelltenorganisationen und dem Arbeitgeberkartell, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Gräf stattfanden, sind als gescheitert gestern abend abgebrochen worden, da das Arbeitgeberkartell auf die Durchführung des Schiedsspruches vom 18. Juli beharrt. Die Schuhfabrik Herz hat ihre sämtlichen Angestellten ausgesperrt, wodurch eine äußerst erregte Stimmung Platz griff. Eine Stütze hat der Streik der kaufmännischen Angestellten durch den gestern abend proklamierten Buchdrucker- und Setzerstreik erfahren.

TU. **Frankfurt** a. M., 8 Aug. (Drahtber.) Unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten, der für die Provinz Hessen-Nassau die Funktion des Demobilmachungskommissars versieht, haben heute nachmittag neue Vermittlungsverhandlungen zwischen den kaufmännischen Angestellten-Verbänden und dem Arbeitgeberkartell begonnen. Bis zur Stunde liegt noch kein Ergebnis vor. Nach Mitteilung der Zentralstreikleitung sind die Aussichten auf Erfolg vorerst gering, da die Arbeitgeber nicht gewillt sein, die Gehaltssätze der kaufmännischen Angestellten über den Schiedsspruch vom 18. Juni hinaus zu erhöhen.

Bayern und die Pfalz.

Ermäßigung der Getreideumlage.

§ **München**, 8. Aug. Von amtlicher Seite wird dem DNB. mitgeteilt: Leider ist in weiten Gebieten der Pfalz die Getreideernte außerordentlich schlecht ausgefallen. Zum Teil ist eine völlige Mißernte eingetreten. Wie in anderen Gebieten des Westens wurde deshalb auch das für die Pfalz ursprünglich in Aussicht genommene Getreide-Umlage-Soll, das an sich schon den besonderen Verhältnissen des besetzten Gebietes bereits Rechnung trug, noch bedeutend, etwa um die Hälfte, ermäßigt, so daß die Kommunalverbände der Pfalz in diesem Jahre nur 71 000 Doppelzentner aufzubringen haben.

Verbilligung des Brotpreises.

§ **München**, 8. Aug. Da der Brotpreis am 16. August 1922 mit Beginn des neuen Erntejahres erheblich steigen wird, hat das Staatsministerium für Landwirtschaft den bisher zur Verbilligung des Brotes der ärmsten Volksteile den Kommunalverbänden und Gemeinden gewährten Zuschuß von 80 Pfg. auf zwei Mark für das Pfund Brot unter der Bedingung erhöht, daß die Kommunalverbände oder Gemeinden aus ihren Mitteln einen Zuschuß von mindestens einer Mark für das Pfund Brot leisten. Wegen einer durchgreifenden Hilfe für die Notleidenden im allgemeinen ist das Staatsministerium für Landwirtschaft aufgrund des Landtagsbeschlusses vom 3. August 1922 bereits an die Reichsregierung herangetreten.

Letzte Meldungen.

)(**Berlin**, 9. Aug. Nach einer Pariser Drahtung berichtet „Journal", daß von den sechs Ausweisungen im Elsaß drei zurückgenommen werden mußten, weil es sich nachträglich herausstellte, daß die Betroffenen bereits nationalisierte Franzosen sind.

Wie aus Paris gemeldet wird, wartet das Oberkommissariat in Straßburg den Befehl des Quai d'Orsay ab, um den auf der Ausweisungsliste stehenden 150 Deutschen ihre Ausweisung mitzuteilen.

MARCHIVUM

Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, den 8. August 1922.

Die Mannheimer Wohnungsabgabe beträgt 10¼% für 1922 und 20% für 1923. — Annahme der Wohnungsluxussteuer.

Nahezu vier Stunden hat gestern der Bürgerausschuß über die Mannheimer Wohnabgabe beraten. Das Ergebnis sei vorangestellt: Die Wohnabgabe für das Rechnungsjahr 1922 beträgt 10¼ Proz., für 1923 20 Proz. des Steuerwerts. Die Abgabe wird nicht, wie der Stadtrat beantragt hatte, in monatlichen Doppelraten, sondern in einfachen Raten vom 1. Oktober ab erhoben. Die sehr eingehende Aussprache wurde mit einer längeren Begründung der Vorlage durch den Obmann des Stadtverordnetenvorstandes, Herrn Fuhs, eröffnet. Unter Hinweis auf die weittragende Bedeutung der Vorlage stellte der Redner fest, daß vor Jahresfrist noch niemand den Gedanken für durchführbar gehalten habe, den gesamten umrentierlichen Bauaufwand durch eine Abgabe zu decken. Angesichts des großen Wohnungselends werde wohl keiner die Verantwortung für die Einstellung des Wohnungsbaues übernehmen wollen. Deshalb werde der Bürgerausschuß der Vorlage zustimmen müssen. Aber trotzdem blieben noch manche Bedenken übrig, die weder der Stadtrat noch der Bürgerausschuß beseitigen könnte. Man müsse sich lediglich mit der Tatsache begnügen, daß die badische Regierung und die badischen Städte bereits entsprechende Abänderungsanträge bei der Reichsregierung nach der Richtung gestellt haben, eine gerechtere Verteilung dieser neuen Steuerlast herbeizuführen. Die Bestimmungen über die Befreiung von der Abgabe sollten möglichst loyal gehandhabt werden. Die Wohnungsluxussteuer werde recht wenig einbringen. Herr Fuhs ist der Ansicht, daß vielleicht nicht einmal die Kosten der Verwaltung gedeckt werden. Aber das liege an den reichsgesetzlichen Bestimmungen, die eine andere Fassung nicht zuließen. Der Stadtverordnetenvorstand bedaure, daß diese Bestimmungen verhindern, hier Abänderungsanträge zu stellen. Herr Fuhs schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß der Stadtverordnetenvorstand einstimmig beschlossen habe, der stadträtlichen Vorlage zuzustimmen.

Stv. Bommarius erklärte namens der Deutschnationalen, daß seine Freunde trotz schwerwiegender Bedenken der Vorlage zustimmen, weil man der Ueberzeugung sei, daß etwas gegen das Wohnungselend geschehen müsse. Stv. Moses zeigte als Sprecher der Deutsch-Lib., daß er die Materie am gründlichsten studiert hat. In eingehenden interessanten Ausführungen, die im Sitzungsbericht wiedergegeben werden, wies er in überzeugender Weise nach, daß auf dem Wege, den der Stadtrat zu gehen bereit ist, das Mannheimer Wohnungselend nur sehr wenig gelindert werden kann, denn die 10prozentige Abgabe reicht nicht im Entferntesten zur Erstellung der im Bauprogramm vorgesehenen 1500 Wohnungen. Herr Moses machte zur durchgreifenden Bekämpfung der Wohnungsnot einen Vorschlag, der zwar nicht völlig neu ist, aber bisher an keiner Stelle die verdiente Beachtung gefunden hat. Er schlug vor, sämtliche Mannheimer Häuser mit Sicherheitshypotheken zu belasten und diese Hypotheken in hundert Jahren durch Darlehenskassenscheine, die durch die Mieter einzulösen wären, zu tilgen. In Konsequenz seiner Ausführungen schlug Herr Moses vor, die Vorlage entweder zurückzustellen oder abzulehnen und mit einem entsprechenden Beschluß an die Landstände heranzutreten.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer griff sofort in die Debatte mit der Bemerkung ein, daß er den Gedankengängen des Vorredners nicht zu folgen vermöge. Man dürfe gar nicht wagen, nach Berlin mit einem derartigen Vorschlag zu kommen, der die Inflation nur vermehren würde. Es sei ganz undenkbar, die Vorlage zurückzustellen. Der Weg, den man zu gehen habe, sei übrigens durch Reich und Land bereits vorgeschrieben. Die vom Landtag beschlossene Abgabe müsse auf jeden Fall bewilligt werden. Stv. Dr. Hirschler sprach sich, der Not gehorchend, namens der Mehrheitssozialisten für die Vorlage aus. Er stellte lediglich den Antrag, die Abgabe nicht in Monatsdoppelraten, sondern in einfachen Raten vom 1. Oktober ab zu erheben. Nach der „Tragödie" der Wohnabgabe wandte sich der Redner dem „Satyrspiel" der Wohnungsluxussteuer zu, die seine Parteifreunde außerordentlich enttäuscht habe. Der Redner zog aber nicht die Konsequenzen aus seiner ablehnenden Haltung, sondern schlug im Namen der Fraktion lediglich vor, den vollen Mietwert von den überschüssigen Wohnräumen zu erheben. Dieser Antrag wurde denn auch angenommen.

Stv. Dr. Moekel erklärte namens der Zentrumsfraktion, daß seine Freunde nicht über die vom Landtag beschlossenen Sätze hinausgehen könnten. Er bezeichnete die Vorlage als volkswirtschaftlich unerträglich; sie würde Beunruhigung in die Bevölkerung hineintragen und mehr Schaden anrichten, als Gutes stiften. Als Jurist stellte sich der Redner auf den Standpunkt, daß der Weg, den die badische Gesetzgebung eingeschlagen habe, ein Fehlweg sei. Seine Fraktion lehne die Vorlage ab, weil das einfage, was erreicht werde, eine weitere Erhöhung der Löhne und damit eine weitere Steigerung der Teuerung sei. Stv.-V. Seizinger gab namens der Unabhängigen seine Zustimmung zu der Vorlage und trat den Anträgen der Mehrheitssozialisten bei, während Stadtrat Kuhlen den ablehnenden Standpunkt der Kommunisten begründete. Stv. Scheel stellte sich namens der Demokraten ebenfalls auf den Standpunkt, daß man nicht weiter wie der Landtag gehen sollte. Die vorwiegend ablehnende Haltung gegen die stadträtliche Vorlage veranlaßte Bürgermeister Dr. Walli und Oberbürgermeister Dr. Kutzer nochmals zu einem eindringlichen Appell. Während Herr Dr. Walli betonte, daß der Wohnungsbau eingestellt werden müsse, wenn man der stadträtlichen Vorlage nicht zustimme, wies Oberbürgermeister Dr. Kutzer auf die Städte hin, die bereits ebenso hohe und noch höhere Abgaben beschlossen haben. Man dürfe Mannheim derartig nicht nachsagen, daß es in einer Lebensfrage versagt habe.

Stv. Scheel suchte einen Ausweg aus dem Dilemma dadurch zu finden, daß er kurz vor halb 8 Uhr beantragte, die Sitzung auf einige Minuten auszusetzen, um den Fraktionen Gelegenheit zu einer nochmaligen Beratung zu geben. Als nach einer knappen Viertelstunde das Kollegium wieder versammelt war, gab Stv. Dreifuß namens der Mehrheitssozialisten die Erklärung ab, daß seine Fraktion für 1922 über die Landessätze nicht hinausgehen könne. Stv. Scheel stellte als Ergebnis des endgültigen Beschlusses der Demokraten fest, daß seine Freunde für einen einheitlichen Satz von 15% für 1922 und die folgenden Jahre stimmen würden. Damit war die Situation geklärt. Man konnte zur Abstimmung schreiten. Der stadträtliche Antrag, für das Jahr 1922 einen Gemeindezuschlag von 15% zu erheben, wurde nahezu einstimmig abgelehnt, der Antrag der Mehrheitssozialisten dagegen mit großer Mehrheit angenommen. Danach gelangt für 1922 eine Wohnabgabe von 10% zur Erhebung. Der Antrag Scheel wurde gegen die Stimmen der Demokraten und Deutschnationalen abgelehnt. Der Antrag der Mehrheitssozialisten, für 1923 dagegen einen Gemeindezuschlag von 12,5% zu erheben, sodaß die gesamte Abgabe 20% beträgt, wurde mit 44 gegen 36 Stimmen angenommen. Im Jahre 1922 werden für den Ausgleichsfonds außerdem ¼% erhoben, sodaß die Abgabe genau 10¼% beträgt. In den 12½% des Abgabensatzes für 1923 sind diese ¼% enthalten. Außerdem wurde den Anträgen der Mehrheitssozialisten zugestimmt, die Abgabe für 1922 in einfachen Monatsraten zu erheben und die Luxussteuer auf den vollen Mietwert zu erhöhen.

Infolge der vorgerückten Zeit wurde die zweite Vorlage, die auf der Tagesordnung stand, im Handumdrehen erledigt. Stv. Ludwig begründete den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion mit der einrichtenden Motivierung, daß bei den schwierigen finanziellen Verhältnissen, in denen sich die Stadtverwaltung befindet, die Anschaffung einer weiteren Motor-Straßenkehrmaschine und eines weiteren Motor-Sprengwagens nicht zu verantworten sei. Die Vorlage wurde trotzdem mit allen gegen die Stimmen der Stv. Ludwig, Fuhs und Moses angenommen.

Sch.

Sitzungsbericht.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer eröffnet die Sitzung um ¼5 Uhr. Anwesend sind 85 Stadtverordnete. Das Haus tritt sofort in die Beratung der Tagesordnung, die nur 2 Punkte umfaßt.

Wohnungsabgabe und Wohnungsluxussteuer.

Der Stadtrat hat beschlossen, 1. in Abänderung des Gemeindebeschlusses vom 21. Dezember 1921 vom Rechnungsjahr 1922 ab neben der Wohnungsabgabe für das Land, die für das Rechnungsjahr 1922 5 v. H. des Steuerwerts und für die folgenden Jahre 7,5 v. H. des Steuerwerts jährlich beträgt, ein Gemeindezuschlag von 15 v. H. für das Rechnungsjahr 1922 und von 12,5 v. H. jährlich für die folgenden Jahre zu erheben. In diesem Zuschlag ist ¼ v. H. zur Bildung eines Ausgleichsfonds gemäß § 7 Abs. 3 des Reichsmietengesetzes inbegriffen.

2. Die Abgabe für Land und Gemeinde mit zusammen 20 v. H. des Steuerwerts wird unmittelbar von den Nutzungsberechtigten erhoben und gleichzeitig mit den Gebühren der städtischen Werke monatlich eingezogen; sie ist für das Rechnungsjahr 1922 vom Oktober 1922 an in 6 gleichen Monatsdoppelraten zu bezahlen.

3. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab wird eine Wohnungsluxussteuer nach Maßgabe der anliegenden Satzung erhoben.

4. Soweit für Bauten, die als Neubauten der Stadt gekennzeichnet sind, die bisherigen Bewilligungen nicht auch den Mehrbedarf aus Lohn- und Preiserhöhungen umfassen, werden sie um diesen Mehrbedarf ergänzt. Für die Bauten von Bauvereinigungen und Privaten dürfen Darlehen in Höhe von 216 332 141 Mk. oder, falls Löhne und Preise sich erhöhen, ein dementsprechend höherer Betrag von der Stadt gegeben und ihrerseits durch Anlehen aufgebracht werden. Der Darlehensbetrag ist aus der Wohnungsabgabe aufzubringen oder aus ihr zu verzinsen und zu tilgen. In demselben Umfang darf die Stadt für diese Bauten Bürgschaft übernehmen, falls Dritte die erforderlichen Darlehen gewähren. Die Bestimmungen im einzelnen Falle bleiben dem Stadtrat vorbehalten.

Es liegen zwei Anträge der Soz. Rathausfraktion vor: 1. Die Wohnabgabe nicht rückwirkend zu erheben bezw. nur in 6 einfachen anstatt in 6 Monatsdoppelraten zu erheben. 2. Die Wohnungsluxussteuer soll in der vollen Höhe des auf den einzelnen Wohnraum entfallenden Vierteilbetrages erhoben werden.

Stv.-Obmann Fuhs begründet ausführlich die Vorlage.

Stv. Bommarius (D. N.) betonte, daß der Kleinrentner die Abgabe nicht bezahlen könne. Die Arbeiter und Angestellten mit größerer Familie müßten andererseits zu hohe Abgaben bezahlen. Die Abgabe würde sich also nur in höheren Lohnforderungen aller arbeitenden Schichten auswirken. Trotzdem sieht seine Fraktion keinen anderen gangbaren Weg, der aus der Wohnungsnot herausführen könnte. Seine Fraktion stimmt deshalb der Vorlage zu, da etwas zur Linderung der Not getan werden müsse.

Stv. Moses (D. V. P.):

Meine Damen und Herren!

Gegen die Satzung zur Erhebung einer Wohnungsluxussteuer haben wir nichts einzuwenden. Wir stimmen ihr zu und erkennen an, daß die Satzung den Verhältnissen der Einwohnerschaft Rechnung trägt. Wenngleich es bedauerlich ist, daß zu solch einem Mittel gegriffen werden muß, so kann andererseits kaum fraglich sein, daß, wie bereits der Stv.-V. Fuhs ausführte, von dieser Steuer nicht viele Mannheimer Wohnungsinhaber betroffen werden und daß die, die davon betroffen werden, wahrscheinlich in der Lage sind, diese Steuer zu leisten.

Ehe ich auf die Wohnungsabgabe selbst eingehe, möchte ich zur

Bildung eines Ausgleichsfonds

gemäß § 7 des Reichsmietengesetzes einiges sagen. Der Zuschlag von ¼ v. H. erscheint mir zur Bildung eines solchen Ausgleichsfonds viel zu gering. Er beträgt nämlich bei einem Eingang von 140 Millionen im ganzen für Wohnungsabgabe nur 350 000 Mark. Nehmen wir nun an, daß von mehr als 9 000 Häusern die Mannheim hat, nur jedes 50te für Instandsetzungsarbeiten diesen Ausgleichsfond beansprucht, dann käme auf jedes dieser 180 Häuser die große Summe von 1944 Mark. Sollten es nur diese 180 Häuser sein, die einen Zuschuß beantragen, dann sind es aber gerade die Häuser Mannheims, die am stärksten verwahrlost sind und deren jedes das Vielfache dessen bedarf, also hier zur Verfügung steht. Ich wies mit Absicht, ehe ich zur Wohnungsabgabe selbst schreite, auf diese Tatsache hin, um Ihnen von vornherein schon bei der Bildung des Ausgleichsfonds zu zeigen, wie sehr die geldlichen Anforderungen des stadträtlichen Antrages unter den eigentlichen Bedürfnissen bleiben.

Und nun zur

Wohnungsabgabe.

Der stadträtliche Antrag stellt uns vor die Frage: bauen oder nicht bauen. Und es wird gesagt, wenn es selbstverständlich ist, daß wir bauen müssen, dann ist es nur mit der Wohnungsabgabe möglich. Wir sind über diese Stellungnahme nicht verwundert, bedauern aber doch sehr, daß ein anderer Weg, der seit mehr als drei Jahren in der gesamten deutschen Presse ausführlich behandelt wurde, so wenig Beachtung gefunden hat. Doch von diesem nachher. Zuerst möchte ich zum stadträtlichen Antrag einiges ausführen:

Für das Rechnungsjahr 1922 ist eine Wohnungsabgabe von 20 Prozent in Ansatz gebracht. Diese Summe reicht aber nicht aus, um die begonnenen und geplanten 1500 Wohnungen fertigzustellen, sondern es wird auf das nächste Rechnungsjahr eine Summe von 130 Millionen zurückgestellt. Das zeigt schon an, daß wir im nächsten Jahre mit folgenden Sätzen rechnen müssen: 17 Proz. als Rest der für die oben bezeichneten Wohnungen benötigten Summe, und wahrscheinlich ebensoviel, um im nächsten Jahre weitere Wohnbauten in Angriff zu nehmen und dann hätten wir im nächsten Jahre eine Wohnungsabgabe von 37 Proz. des Steuerwertes oder von rund 6facher Friedensmiete. Dabei bleibe völlig unberücksichtigt die Preissteigerungen, welche in allernächster und späterer Zeit unausbleiblich für Materialien und Arbeitslöhne eintreten werden und müssen. In Berücksichtigung dieser Preissteigerung muß wohl damit gerechnet werden, daß sowohl im Rechnungsjahr 1922 als auch im Rechnungsjahre 1923 die veranschlagten Gelder nicht ausreichen werden, sondern die Abgaben durch Nachträge eine Erhöhung finden müßten. Das Ergebnis der Wohnungsabgabe wäre nun folgendes: Es fehlen zur Zeit in Mannheim wenigstens 10 000 Wohnungen. Von diesen sollen bis Mitte nächsten Jahres 1500 erstellt werden. Bis dieselben bezugsfertig sind, liegen wenigstens weitere 1500 als dringlich anerkannte Wohnungsgesuche vor. Dann sind wir genau so weit wie heute. Und so kann es noch einige Jahre weitergehen. Das ist ein Ausblick, der zu den großen Opfern, die der Einwohnerschaft auferlegt werden, in keinem rechten Verhältnis steht.

Wie stellt sich nun die

Belastung der Einwohnerschaft

dar? Kritisieren ist leichter als besser machen. Aber das darf wohl doch gesagt werden, daß der stadträtliche Antrag bedauerlicherweise sehr schematisch vorgeht. Er nimmt gar keine Rücksicht auf kinderreiche Familien, deren Kinder noch nicht zur Erhaltung des Haushaltes beitragen. Er nimmt auch keine Rücksicht auf Wohnungen, in denen mehrere eine Haushaltung vorhanden ist, obgleich doch gerade in diesen Wohnungen die Wohnungsinhaber auf neuzuerbauende Wohnungen warten. Der stadträtliche Antrag nimmt auch keine Rücksicht auf Wohnungen, die gewerbsmäßig Untermieter aufnehmen und weiterhin werden diese Untermieter, die wohl mit zu den leistungsfähigsten Einwohnern Mannheims gehören, zur Wohnungsabgabe in keiner Weise herangezogen. Durch diese schematische Auferlegung der Wohnungsabgabe an die nominellen Wohnungsinhaber wird eine durchaus ungleichmäßige Belastung geschaffen. Diese muß sich volkswirtschaftlich höchst verderblich auswirken und zwar in folgender Weise:

Niemand kann den Arbeitern, Angestellten und Beamten verwehren, die Wohnungsabgabe auf den Unternehmer und Arbeitgeber abzuwälzen. Für diese Wohnungsinhaber sind also — zwar indirekt die Konsumenten — zuerst aber Reich, Staat, Gemeinde und Unternehmer diejenigen, die die Wohnungsabgabe leisten müssen. Bei Lohnforderungen wird aber sicherlich nicht darauf Rücksicht genommen werden, ob jemand Wohnungsabgabe leistet oder nicht, sondern jedermann in gleicher Stellung und gleichem Alter wird dieselbe Summe erhalten, auch der, der keine Wohnungsabgabe zu zahlen hat. Dabei ist ferner zu berücksichtigen, daß diese direkte Belastung nicht die einzige bleibt. Denn da jede Arbeitskraft durch die Wohnungsabgabe belastet wird, so wird diese Last auch zu einer

mehrfachen indirekten Steuer,

die auf allen Gebieten zu entrichten ist, sowohl für Lebensmittel als auch für Kleidung, öffentliche Gebühren, Gas, Wasser, Strom, bei öffentlichen Verkehrsmitteln wie bei allen sonstigen Dingen, die das tägliche Leben bringt. Diese erhebliche Verteuerung der gesamten Lebenshaltung durch die Wohnungsabgabe führt naturgemäß zu einer Vermehrung des Geldbedarfs und damit zugleich zu einer Verminderung des Geldwertes. Die Wohnungsabgabe stellt also eine weitere Schraube dar, die mithelfen wird, uns schneller als bisher dem Zusammenbruch entgegenzutreiben. Sie erfüllt also nicht ihren eigentlichen Zweck, uns aus der Wohnungsnot herauszuhelfen. Sie schafft uns einige Wohnungen und stellt uns dann erst recht vor das Garnichtsmehrkönnen.

Dabei ist weiterhin in Betracht zu ziehen, daß also ein erheblicher Teil der Wohnungsabgabe von Stellen aufgebracht werden muß, die schon heute am

Ende ihrer Leistungsfähigkeit

angelangt sind. Von Reich, Land und Gemeinden wird Ihnen dies bekannt sein. Aber auch viele Unternehmer der mannigfachsten Industrie-, Gewerbe- und Handelszweige sind am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Lassen Sie mich Ihnen offen sagen, daß es in Mannheim und Deutschland Großfirmen gibt, deren Namen einen guten Klang besitzen, deren Aktien hoch im Werte stehen, die aber nicht in der Lage sind, den geldlichen Anforderungen, die an sie herantreten, zu entsprechen. Das ist kein schwarzer Mann, den ich Ihnen vormale, sondern ist Tatsache, die durch Beispiele erhärtet werden könnte. Diese in Betracht kommenden Unternehmungen können durch die Wohnungsabgabe und ihre indirekten Folgen über den Rand ihrer Leistungsfähigkeit hinausgetrieben werden. Genau so, wie es beim Reiche, beim Land und bei den Stadtgemeinden eintreten kann. Damit ist die Wohnungsabgabe schon in dieser Beziehung ein Weg, der das Gute will, aber das Böse schafft. Garnicht reden will ich davon, daß Kleinrentner, Sozialrentner und ähnliche überhaupt nicht in der Lage sind, die Wohnungsabgabe zu leisten. Auch viele Kleinhändler können dies nicht.

Lohnt es sich, einen Weg zu beschreiten, der so wenig Aussicht auf Erfolg, aber so viel sichere Gewähr des Mißerfolges in sich birgt? Gibt es kein besseres Mittel, der Wohnungsnot Herr zu werden oder gibt es ein solches Mittel, das ohne diese ungeheure Belastung des Einzelnen und der Gesamtheit gestattet, in absehbarer Zeit der Wohnungsnot Herr zu werden? Ja, ein solches Mittel gibt es. Dieses Mittel sollte auch nicht unbekannt sein, und ehe ich es Ihnen näher vor Augen führe, gestatten Sie mir, auf zwei Vorbilder zurückzugreifen. Als im Jahre 1807 der Staat Preußen, der damals am Boden lag, die Kriegsentschädigungen an Frankreich nicht zahlen konnte, übernahm es die Provinz Ostpreußen, einen Hauptteil dieser Summe aufzubringen. Dies geschah dadurch, daß die Landschaft der Provinz eine hundertjährige Hypothek auf sich nahm und durch diese das notwendige Geld flüssig machte. Die Tilgung dieser Last dauerte, wenn ich recht unterrichtet bin, bis in den Weltkrieg unserer Tage hinein. Aehnliches ist in Frankreich zu beobachten. Als dort 1871/74 die Kriegsentschädigung an Deutschland gezahlt werden mußte, übernahmen Kreise und Gemeinden ebenfalls solche Hypotheken und haben, wie mir gesagt wurde, noch heute Tilgungsraten für dieselben zu entrichten. Dadurch wurde sowohl damals in Preußen als auch später in Frankreich die schnelle Zahlung der Kriegsentschädigungen ermöglicht.

Was hindert uns, die Frage der Wohnungsnot mit einem ähnlichen Mittel zu lösen? Zwar bin ich davon überzeugt, so einfach wie dort geht es hier nicht. Denn was in Deutschland einer Gemeinde recht ist, ist der anderen billig. Es werden 250—300 Milliarden Papiermark notwendig sein, um der deutschen Wohnungsnot abzuhelfen. Aber dieses Geld ist auch heute nicht vorhanden. Ob es nun durch die Wohnungsabgabe oder auf andere Weise aufgebracht werden muß, geschaffen werden kann es nur durch die Notenpresse, und die Notenpresse verschuldet das Reich. Es müßte daher ein Weg gefunden werden, diese Geldsummen zu beschaffen, ohne daß das Reich dadurch verschuldet wird. Dieser Weg kann gefunden werden, und zwar auf folgende Weise:

Häuser stellen, wenn man es kurzweg so nennen will, einen Goldwert dar. Dieser Goldwert ist in jedem Falle höher als der durch Papiermark bestrittene Herstellungspreis. Auch dann, wenn Löhne und Material sich im Preise steigern, und der Goldwert durch außenpolitische Momente noch weiter sinkt und die Summe der Papiermark, die zur Herstellung eines Hauses notwendig ist, höher wird, auch dann ist der Gold- oder Friedenswert des Hauses ungleich bedeutender als sein Herstellungspreis. Es wäre also die Möglichkeit vorhanden, diese Goldwerte mit

Sicherheitshypotheken in Papiermark zu belasten.

Zumal dann, wenn das Land oder die Gemeinde oder beide die Bürgschaft für diese Sicherheitshypotheken übernehmen. Die Flüssigmachung der notwendigen Summen wäre wiederum nur durch die Notenpresse zu vollziehen. Aber diese Notenpresse muß nicht unbedingt Reichsbanknoten herstellen. Wir haben in Deutschland der Reichsbank angegliederte Darlehenskassen, die Goldwerte beleihen. Wäre es nicht der einfachste Weg, die neu zu erstellenden Häuser durch diese Darlehenskassen zu beleihen? Dann könnten durch Ausgabe von Darlehenskassenscheinen die Summen aufgebracht werden, die zur Erbauung dieser Häuser notwendig sind. Diese Darlehenskassenscheine dürften allerdings nicht auf Reichsmark lauten, sondern müßten einen Papiermarkwert erhalten. Sollte sich der Wert unseres Geldes später einmal heben, so stellen diese Darlehenskassenscheine nur den Wert dar, den sie bei der Ausgabe besessen haben. Die Ausgabe dieser Unmasse von Zahlungsmitteln entwertet unser Geld nicht mehr, als wenn immer neue Summen sogenannter Reichsmark in Banknoten hergestellt werden müssen. Andererseits, und das ist der Vorteil, wird niemand durch die Erstellung der Wohnhäuser verschuldet. Es bleibt also noch die Frage, wie sollen diese Summen getilgt werden. Da könnten mehrere Wege eingeschlagen werden.

Der eine Weg wäre der, daß

jedes Haus seine Schuld in hundert Jahren selbst tilgt

und zwar jährlich mit 1 v. H. des Betrages. Eine Verzinsung der Schuldsumme käme natürlich nicht in Frage. Wenn ein Haus mit 10 Wohnungen 4 Millionen kostet, so würden auf jede Wohnung jährlich nach Abzug des Hauswertes etwa 3500 Papiermark entfallen. Diese Tilgungsquote wäre für heutige Verhältnisse unbedingt zu hoch angesetzt. Es könnte auch so angefaßt werden, daß die Tilgung, für die hundert Jahre in Aussicht genommen würden,

MARCHIVUM

teilweise durch die erstellten Häuser, teilweise durch eine Wohnungsabgabe der Allgemeinheit vollzogen würde. Nehmen wir einmal an, daß der für Mannheim zu erstellende Wohnungsbedarf 4 Milliarden erfordern würde und während der nächsten hundert Jahre in jährlichen Raten mit 1 v. H. getilgt werden müßte, dann würde nach Behebung der Wohnungsnot in Mannheim auf jeden Wohnungsinhaber eine jährliche Wohnungsabgabe entfallen, die etwa 5 bis 5½ Proz. des Steuerwertes ausmachen würde. Da aber vorauszusehen ist, daß unsere Währung sich über kurz oder lang wieder in irgend einer Weise befestigen wird, so kann auch als sicher angenommen werden, daß nach Feststellung des endgültigen Wertes der neuerstellten Häuser diese selbst einen erheblichen Teil der zu ihrer Erbauung aufgewendeten Summen tilgen können, wenn man berücksichtigt, daß die später in höherer Währung eingehenden Mieten den in niederer Währung beschafften Bauaufwand bis zu einem gewissen Grade amortisieren können.

Diese Art und Weise, durch Darlehenskassenscheine der Wohnungsnot energisch und endgültig entgegenzutreten, hätte den Vorzug, daß sie viel klarer ist in ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkung, als das bisher geübte System, und daß sie den einzelnen Staatsbürger nur sehr wenig belastet. Es wäre nun zu erwägen, ob es nicht ratsam ist, heute einen Beschluß zu fassen, der der Landes- und der Reichsregierung diesen Weg empfiehlt. Die Frage ist nicht die, ob wir vermögend genug sind, um zu bauen, denn das sind wir; es fehlen uns lediglich infolge der Geldentwertung die Zahlungsmittel. Und diese können unserer Meinung nach nur dadurch beschafft werden, daß sie auf Grund der neuzuerstellenden Werte entstehen. Dann ruinieren wir uns nicht selbst; dann schreiten wir nicht von einer Scheinhilfe zur andern, sondern schreiten endlich einmal zur Befestigung und zugleich zur Entwirrung unserer innerdeutschen Verhältnisse. Damit wäre der erste Schritt zum inneren Wiederaufbau vollzogen.

Wir hoffen daher, daß sie, meine Damen und Herren, den stadträtlichen Antrag entweder zurückstellen oder ablehnen. Vom Stadtrat hoffen und erwarten wir, daß er heute oder morgen mit oder ohne Hilfe des Bürgerausschusses an die Landesregierung und an die Reichsregierung herantreten wird, um den von uns aufs neue gezeigten Weg, der seit 3 Jahren in Deutschland gepredigt wird, in die Tat umzusetzen. Wir wissen wohl, daß es nicht leicht sein wird, das zu erreichen. Wir glauben auch, daß es schwer sein wird, diese Gedanken in ihrer Tragweite sofort richtig einzuschätzen. Es ist aber unsere Ueberzeugung, daß nur dieser Weg Gewähr auf Erfolg bietet und der stadträtliche Antrag mit ständiger Erhöhung der Wohnungsabgabe das Gegenteil herbeiführen wird.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer

bemerkt demgegenüber, daß dies eine Zurückstellung von mindestens einem Jahr bedeuten würde. Ein Jahr, in dem also nichts gebaut werden könnte. Auch der Gedanke sei nicht so neu, sondern schon mehr denn einmal erwogen worden. Durch die Ausgabe von neuen Wohnbaudarlehensscheinen würde gleichfalls nur neues Papiergeld geschaffen. Auch hätten ja die Häuser nur dann einen Goldwert, wenn eine Goldmiete erhoben würde. Ohne diese sei auch die Deckung der Darlehenskassenscheine hinfällig. Auf einen solchen Antrag würde die Reichsregierung antworten, ob wir denn in Mannheim die ganze Zeit über geschlafen hätten?

Stv. Dr. Hirschler (Soz.) erklärte, daß seine Fraktion entschlossen sei, der Vorlage zuzustimmen. Die Durchführung des Gesetzes hätte man sich jedoch sozialer denken können. Es gebe heute nur eine Frage: entweder die Abgabe zu bewilligen und zu bauen, oder abzulehnen und nicht zu bauen. Der letzte Entschluß könne nicht in Frage kommen, solange in Mannheim mehr denn 100 Familien zu 6 und 8 Köpfen in einem Zimmer hausen. Ein unerhörter Zustand sei es ferner, daß finanziell glänzend gestellte Familien gegen Mietpreise von mehr als 50 000 Mark beliebig große Wohnungen erhalten können. Ein Hausbesitzer, der etwas auf Ehre halte, müßte es ablehnen, auf diese Art zu Ungunsten seiner bedürftigen Mitbürger derartige Wuchermieten zu nehmen. Im übrigen dürfe man sich nicht der Hoffnung hingeben, daß die Wohnabgabe wirklich die veranschlagten Beträge einbringt. Es würden sich hier manche Wege finden lassen, diese abzuwälzen und sich ihr zu entziehen. Schön sei die Vorlage nicht, aber der Not gehorchend, müsse sie genehmigt werden. Von der Wohnungsluxussteuer könne man nicht befriedigt sein. Sie werde wohl kaum den hundertsten Teil der Wohnabgabe erbringen. Man sollte wenigstens das Reichsgesetz in der Vorlage ausschöpfen und nicht einen Bruchteil, sondern den vollen Mietwert in Rechnung setzen. Die Wohnabgabe sollte nicht rückwirkend erhoben werden.

Stv. Dr. Moekel (Ztr.):

Die Vorlage sei volkswirtschaftlich gefährlich und beunruhigend für weite Kreise der Bevölkerung. Rechtlich befinde man sich jedoch auf einem falschen Weg, da das Reichsgesetz die Erhebung der Abgabe vom Nutzungswert vorschreibt. Seine Fraktion sei entschlossen, nicht weiterzugehen als das Landesgesetz. Die hohe Wohnabgabe werde höchstens die Folgen zeitigen, daß die Dringlichkeitskarten und die Wohnungsuchenden in großer Zahl verschwinden. Die Folge werde ferner eine riesenhafte Teuerung sein. Die Linderung der Wohnungsnot sei Sache des Reiches, besonders die Linderung der Not in den Grenzlanden. Wenn die Stadt mit dem Landeszuschuß nicht auskomme, müsse sie Hypotheken aufnehmen. (Zuruf: Es gibt aber keine!)

Stv.-V. Seizinger (U.S.P.)

bemängelt das Gesetz, da es unzulänglich und unsozial sei. Aber noch unsozialer sei die Rede des Dr. Moekel, der sich darüber freue, daß viele durch diese bedeutende Mietsteigerung auf eine selbständige Wohnung in Zukunft verzichten würden. Man müsse dieser Vorlage zustimmen, da man sich in einer Zwangslage befinde; desgleichen stimmt seine Fraktion dem Antrag der Soziald. Fraktion zu. Die Vorlage werde nicht das bringen, was man von ihr erhofft. Der Wohnungsluxussteuer stimme seine Fraktion mit dem soz. Abänderungsantrag zu.

Stadtrat Kuhlen (Komm.)

sieht als einziges Ergebnis der Vorlage die Folge, daß den Arbeitern der letzte Tropfen Blut aus den Adern gepreßt werde. (Obst bei der Mehrheit.) Seine Anhänger lehnen die Vorlage ab. Die Abgabe sollte gestaffelt werden, nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten. Seine Fraktion sei dabei, sofort eine 200prozentige Abgabe zu beschließen, aber alle, die nicht mehr als das Existenzminimum besitzen, sollten freigelassen werden. Die Wohnungsluxussteuer sei ein nackter Knochen, den man einem hungrigen Hunde hinhalte, damit er noch hungriger wird. (Wußtmann! Wußtmann!)

Stv. Scheel (Dem.):

Die Abgabe hätte früher kommen müssen, heute wirkt sie unsozialer als in einer früheren Zeit. Sie müsse wie ein ungeheurer Sprung wirken in einer Teuerungszeit wie der jetzigen. Um sozial zu wirken, müßte die Abgabe nach der Leistungsfähigkeit erhoben werden. In der jetzigen Form sei diese Besteuerung um so unsozialer, je mehr man die Abgabe in die Höhe treibe. Wenn Mannheim über den Satz des Landtagsbeschlusses hinausgehe, werde im Lande nur der Eindruck erweckt, als zähle Mannheim zu den reichen Städten, während es doch in Wirklichkeit sehr arm sei. Ferner wecke die Industrie hier den stets wachsenden Wohnungsbedarf, sodaß es nicht unbillig erscheinen dürfte, diese Körperschaften stärker als bisher zu den Kosten des Wohnungsbaus heranzuziehen. Die Stadtverwaltung solle vor allem die Minderbemittelten möglichst schonen. Seine Fraktion ist der Ansicht, es bei dem landesgesetzlichen Satz von 15% zu belassen.

Bürgermeister Dr. Walli

bemerkte zu den Ausführungen einiger Redner, daß das Landesgesetz für Baden als rechtsgültig anerkannt sei. Nach den Ferien werde sich das Reich mit einer Abänderung der Wohnabgabe bereits zu befassen haben. Die erhöhte Abgabe werde erst am 1. Oktober 1922 erhoben, für die vorhergehende Zeit eine solche von 10%. Bei einer Verminderung der Wohnabgabe könnte das Bauprogramm nicht durchgeführt werden. Am 1. Juli waren in Mannheim 89 Familien mit 6 Köpfen in einem Zimmer untergebracht und 78 Familien mit 8 Köpfen. 990 Familien mit 3—4 Köpfen hausen in einem Zimmer ohne Küche, 1517 Familien mit 4 Personen in einem Zimmer mit Küche und 780 Familien mit 6 Personen in zwei Zimmern mit Küche. Die Stadtkasse sei angewiesen, bei Befreiungsgesuchen möglichst loyal zu verfahren.

Stv. Moses (D. Volksp.) stellt fest, daß sein Vorschlag, die Wohnungsnot auf einem anderen Wege zu lindern, nicht von ihm stammt. Man müsse den Mut haben, Nein zu sagen, damit man schließlich zu einem Ja komme. Stv. Rißert (Soz.) polemisiert gegen die Ausführungen des Stv. Dr. Moekel, indem er bedauert, daß das Zentrum durch die Ablehnung der Vorlage die Verantwortung ablehne. Redner gibt zu, daß die Belastung groß ist, aber trotzdem müsse der Vorlage zugestimmt werden. Nach weiteren Ausführungen des Stv. Krug (Soz.), der auf die Notwendigkeit der Wohnabgabe hinweist, kommt Oberbürgermeister Dr. Kutzer auf einige Ausführungen der Vorredner zurück. Durch die von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagenen 8 Proz. sei das Bauprogramm 1922 nicht zu erfüllen. Die hiesigen Großbanken haben erklärt, daß sie keine Anleihen mehr fest übernehmen werden. Bei einer kommissionsweisen Aufnahme würde der Zinsaufwand enorm sein. Es würde bittere Not bereiten, wenn der sozialdemokratische Antrag aufrecht erhalten werde. Man müßte u. a. die Baugenossenschaften, die sich für 1923 bereits festgelegt hätten, im Stich lassen. Man dürfe nicht sagen, daß die Stadt in ihrer höchsten Not versagt habe. Auf Vorschlag des Stv. Scheel wird die Beratung gegen halb 8 Uhr auf etwa eine Viertelstunde unterbrochen, damit die Fraktionen nochmals sich beraten können.

Die Abstimmung.

Stv. Dreifuß (Soz.) gibt namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Auswirkung des Reichsmietengesetzes nicht in der Lage sei, die stadträtliche Vorlage in der vorliegenden Fassung anzunehmen. Seine Fraktion müsse vielmehr auf ihrem Antrag, für das Jahr 1922 je 5 Proz. für Stadt und Land zu erheben, bestehen bleiben. Stadtv. Scheel (Dem.) gibt als Entschluß seiner Fraktion bekannt, für das Jahr 1922 und die folgenden Jahre 15 Proz. genehmigen zu wollen. In der darauffolgenden Abstimmung wird unter nahezu einstimmiger Ablehnung des stadträtlichen Antrages der Antrag der Mehrheitssozialisten, für das Rechnungsjahr 1922 eine Wohnabgabe von 10 % zu erheben, wovon je die Hälfte auf das Land und die Stadt Mannheim entfallen, mit großer Mehrheit angenommen. Dafür stimmen die Mehrheitssozialisten, Unabhängigen, Kommunisten und die Deutsche Volkspartei geschlossen, vom Zentrum ein Teil. Der Antrag Scheel wird gegen die Stimmen der Demokraten und der Deutschnationalen abgelehnt. Für 1923 wird der stadträtliche Antrag auf Erhebung eines gemeindlichen Zuschlages von 12,5 Proz. mit 44 gegen 33 Stimmen aufrecht erhalten. Dagegen stimmen Demokraten, Zentrum, Deutschliberale und Kommunisten. Gegen den weiteren Antrag der Mehrheitssozialisten, für den Ausgleichsfonds im Jahre 1922 noch ½ Proz. zu erheben, stimmen nur die Kommunisten. Für 1923 ist das ½ Proz. in dem Gemeindezuschlag von 12½ Proz. enthalten. Dagegen erhebt sich im ganzen Hause kein Widerspruch, daß die Wohnungsabgabe für 1922 in Monatsraten (nicht Doppelraten) erhoben wird. Bei der Abstimmung über die Wohnungsluxussteuer erklärt sich das Kollegium unter Annahme des stadträtlichen Antrages mit dem mehrheitssozialistischen Antrage einverstanden, daß von jedem überschüssigen Raum der volle Mietertrag als Steuer erhoben wird.

Anschaffung einer weiteren Motorstraßenkehrmaschine und eines weiteren Motorsprengwagens.

Stv. Ludwig Haas (Deutsche Volksp.) spricht sich namens seiner Fraktion angesichts der schlechten städtischen Finanzlage gegen die Vorlage aus. Die Stadtv. Haug (Dem.) und Sons (Deutschnatl.) haben gegen die Anschaffung an sich nichts einzuwenden.

Stv. Sons vertritt in der Frage der Straßenreinigung die Interessen des Vororts Feudenheim. Stv. Dreifuß (Soz.) ist aus den Ausführungen des Stv. Haas Unfreundlichkeiten gegen die mit der Straßenreinigung beschäftigten Arbeiter herausgehört und wendet sich infolgedessen in scharf polemischem Ton gegen den Stv. Haas. In der Abstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Stv. Ludwig Haas und Moses angenommen.

Schluß der Sitzung 8.10 Uhr.

Wirtschaftliche Fragen.

Die Zunahme der Teuerung im Juli.

Der seit Ende Juni eingetretene Sturz der deutschen Mark hat eine Teuerungswelle sondergleichen zur Folge. Interessante Zahlen hierüber enthält die neueste Nummer der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Statistischen Mitteilungen. Die Reichsindexziffer, welcher die Preisangaben von 71 deutschen Gemeinden für die beiden Stichtage 5. und 13. Juli zugrunde liegen, erhöhte sich im Laufe des Juli auf 4990, d. h. um 32 Proz.

Die badische Landesindexziffer, die aus den Teuerungszahlen von etwa 50 badischen Gemeinden berechnet wird, stieg im Juli auf 5413 (Friedensstand gleich 100); demnach kosten die in dieser Statistik einbezogenen Lebensbedürfnisse heute mehr denn 54mal soviel wie vor dem Kriege. Die Steigerung von Juni auf Juli beläuft sich bei der badischen Landesindexziffer auf 43,3 Proz.; das ist eine Zunahme der Teuerung, wie sie bisher noch in keinem Monat festgestellt wurde. Im einzelnen wird u. a. festgestellt, daß in Karlsruhe z. B. im Juli ds. Js. das Rindfleisch 74mal soviel gekostet habe, wie vor dem Kriege, das Kalbfleisch 67,3mal soviel, das Hammelfleisch 53,3mal soviel, das Schweinefleisch 110mal soviel, das Schweineschmalz 128mal, die Butter 82,16mal, die Eier 95,3mal, die Milch 54,5mal, die Anthrazitkohlen 76mal und die Braunkohlenbriketts 101,3mal soviel wie vor dem Krieg.

*

TU. **Frankfurt** 8. August. Trotz des Ultimatums der Arbeitgeber, in dem den Angestellten fristlose Entlassung angedroht, wenn die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen wird, leisteten die Angestellten der Aufforderung nicht Folge. In die Griesheimer Elektron wurden unter dem Schutz der Grünen Polizei Arbeitswillige in die Betriebe geleitet.

Städtische Nachrichten.

Kinderspeisung.

Es finden diesen Sommer in vielen kleinen Gemeinden sowohl wie in den größeren Städten Badens Kinderspeisungen statt, die den Kindern mehr sein sollen, als die im Winter zweckmäßige und durchführbare Schulspeisung, die am 8. Juli überall aufhörte. Die Gemeinden, die schon früher Solbadekuren eingeführt hatten, wurden nun überall mit Nahrungsmitteln aus der Kinderspeisung unterstützt, um die anstrengenden Solbäder durch eine kräftige Nachmahlzeit für die Kinder wertvoller zu machen. Andere Gemeinden, die noch keine Solbadeeinrichtung haben, sammeln die Kinder zu Luft- und Sonnenbadkuren, bei denen abwechselnd Tiefatmungsübungen und leichte Spiele gemacht werden. Bei den Kuren wird sehr darauf geachtet, daß die Kinder nach dem Bad oder nach dem Essen ruhen können. Es wäre sehr wünschenswert, daß nicht nur die Fürsorgerinnen, die Aerzte und die Lehrer sowie freiwillige Hilfskräfte mithelfen bei dieser vorbeugenden Arbeit zur Stärkung und Kräftigung unserer heranwachsenden Jugend, sondern daß besonders die Eltern von schwächlichen Kindern diese während der Kurzeit schonen, ihnen zu Hause besonders kräftige Nahrung geben und sie nicht zu schwerer Arbeit heranziehen.

Die Nahrungsmittel, die von Amerikanern aller Kreise, besonders auch von Deutsch-Amerikanern gespendet werden, müssen durch Frischgemüse und Obst ergänzt werden, um dem kindlichen Organismus alle die Stoffe zuzuführen, die er zur gesunden Entwicklung benötigt. In gemüse- und obstreichen Gemeinden, die Baden glücklicherweise in großer Zahl hat, sollte die Allgemeinheit die Spende möglichst weitgehend unterstützen; denn wenn Kinder zu einseitig ernährt werden, kann ihre Gesundheit dauernd geschädigt werden. P.A.

o

Z **Versendung von Mustern mit Handelswert.** Die Volksvertretung der Südafrikanischen Union teilt mit, daß ihr häufig aus Deutschland Sendungen als „Muster ohne Wert" zugehen, die Waren von beträchtlichem Handelswert enthalten. Solche Sendungen werden

Der Bund der Kopfarbeiter in Frankreich.

Unser ständiger Pariser ⊙-Mitarbeiter gibt im folgenden Einblick in eine großzügige Organisation der Selbsthilfe, wie sie in Frankreich die geistigen Arbeiter zur Besserung und Sicherung ihrer wirtschaftlichen Lage geschaffen haben. Die Unterbewertung der Arbeit des Künstlers und Intellektuellen scheint auch außerhalb Deutschlands immer verhängnisvoller zu werden.

In unmittelbarer Nähe der Sorbonne (Universität) liegt ein kleines Haus, das den wohlklingenden Namen „Heim des Epikur" erhalten hat. Dort versammeln sich allmonatlich die Leiter der Vereinigung: „C. I. I." (Confédération des Travailleurs intellectuels), Bund der Kopfarbeiter. Die letzte Zusammenkunft gestaltete sich zu einer bedeutungsvollen Feierlichkeit, denn das hundertundfünfzigtausendste Mitglied wurde in den Bund aufgenommen, dessen Entstehen vom Oktober des vorigen Jahres datiert. Man hat es also mit einer Gründung zu tun, die ihren praktischen Wert durch die rasche Zunahme der Mitglieder und Mitstreiter erwiesen hat. Anfang Oktober vorigen Jahres wurde in einer Zusammenkunft zweier Pariser Schriftsteller und des Senators Jouvenel die Grundlage für die „C. I. I." geschaffen. Damals war es eine Handvoll junger Leute, die, aus Opposition gegen die veralteten Gesellschaften literarischen und politischen Anstrichs, ihre Absage an die Präsidenten der verschiedenen „Sociétés" gerichtet hatten, um einer den sozialen Erfordernissen entsprechenden Vereinigung auf die Beine zu helfen. Bereits im ersten Halbjahre wuchs die Mitgliederzahl auf ein halbes Hunderttausend von Kopfarbeitern an. Aus ganz Frankreich kamen die Beitrittserklärungen. Und heute bereitet die Kerntruppe der Konföderation ihre Wahlpropaganda vor, denn sie will im kommenden Parlamente ein Wörtchen mitreden, die Intellektuellen gegen die Handarbeiter verteidigen.

Ohne Zweifel ist es der Werbetätigkeit der Führer zu verdanken, daß sich die Konföderation, nach erfolglosen ähnlichen Gründungsversuchen, über Wasser halten konnte und, wie sich jetzt zeigt, entwicklungsfähig ist. Die „C. I. I." umfaßt elf Abteilungen: Schauspiel und Musik; plastische und graphische Kunst; Unterricht; Staatsbeamtentum; Literatur; Presse; freie Berufe; reine und angewandte Wissenschaft; Handelstechniker; interprofessionelle Gruppen. Diese Abteilungen wählen einen leitenden Ausschuß, und zwar je vier Mitglieder und zwei Ersatzmänner für jede Abteilung. Die Delegierten müssen Franzosen und im Besitze ihrer bürgerlichen und politischen Rechte sein. Aus dem leitenden Komitee wird, nach französischem Brauche, eine tägliche Leitung gewählt.

Die Konföderation richtet ihr Ziel auf die Erreichung materieller Forderungen, die sich aus der wirtschaftlichen Lage ergeben. In erster Reihe muß ein Mindestlohn für jede in dem Bunde vertretene Berufsgruppe durchgesetzt werden. Höhere Honorare und Gehälter sollen nach individuellen Fähigkeiten und Leistungen fixiert werden. Den Arbeitgebern sind Kollektivkontrakte vorgelegt worden, über die jetzt verhandelt wird. Die Gründung einer Pensionskasse für die verschiedenen Berufe ist in Vorbereitung. Presse und Literatur sehen sich besonders für die Sicherung der Altersversorgung ein; bisher verhalten sich die Arbeitgeber unwillig. Um die Brücke zwischen den Arbeitgebern und der Konföderation zu schaffen, bereiten die Leiter eine politische Tat vor. Sie wollen im Parlament eine Untersuchung der Kontraktenwürfe erreichen und nötigenfalls durch ministerielle Dazwischenkunft die Arbeitgeber zwingen, schiedsrichterliche Urteile anzunehmen. Des weiteren wird das Zusammengehen mit der kürzlich gegründeten internationalen intellektuellen Arbeitskommission angestrebt.

Was nun die täglichen Bedürfnisse einer Familie mit zwei Kindern betrifft, so erhellt aus amtlichen Angaben, daß im Juni 1914 für Ernährung 9 Franken und 10 Centimes notwendig waren; im Januar 1922 betrugen diese Kosten 25 Frc. 4 Centimes. Kopfarbeiter haben die größte Mühe, um diesen Lohn zu erhalten. Seit Ende des Krieges bietet man den absolvierten Technikern der Pariser Hochschule 400 Frs. im Monat. Vor dem Kriege zahlte man 200 Francs. Dieses Gehalt ist geringer als die Löhnung für einen minderwertigen, ungeschulten Handarbeiter. Ingenieure mit langjähriger Praxis bringen es bis zu 1000 Frs. In der Journalistik verdienen die Redakteure um 30 Prozent weniger als Setzer, um 40 Prozent weniger als Korrektoren. Das Durchschnittsgehalt beträgt 500 Frs. im Monat. Erste Kräfte werden bis zu 2000 Frs. honoriert, wozu noch Vergünstigungen kommen, die auch Redakteuren zweiten Ranges teilweise zuerkannt werden. Literaten werden schlechter bezahlt als Ingenieure, Aerzte, Advokaten, Journalisten. Ein bekannter Autor mußte kürzlich einen Vertrag abschließen, kraft dessen er sein Werk nebst den zehn kommenden Arbeiten für achtzehntausend Francs dem Verleger überließ. Ein Romancier ersten Ranges kann heute in Frankreich kaum 6000 Frs. im Jahre verdienen, während ein Setzer 7500 Frs. Mindestlohn im Jahre erhält. Lehrer verdienen durchschnittlich 5500 Frs.; Professoren kommen bis zu 14 000 Frs. Ein Monteur im Kraftwagenfache erreicht ohne die Ueberstunden im Jahre 14 400 Frs.

Die Konföderation verlangt, nebst einer den Kopfarbeitern zu bewilligenden Vergütung im Entlassungsfalle, auch die Gewinnbeteiligung. Um die Organisation auszubauen, werden von nun ab nur mehr geschlossene Gruppen von Kopfarbeitern in die „C. I. I." aufgenommen. Auf der letzten Versammlung erfolgte der Anschluß der „Compagnons de l'Intelligence", die als wertvollen Beitrag das „Heim des Epikur" eingebracht hat. Der Führer der „Compagnons", die einen internationalen Charakter besitzt, ist Pierre Mille, ein ausgezeichneter Redner und gewandter Schriftsteller. Seine Propaganda-Abende werden von den Intellektuellen gestürmt. An jedem Samstag finden in der Salle Wagram Veranstaltungen der „Compagnons" statt (Vorträge aus neuen Werken der Literatur und Musik, Verkauf von Bildern und Plastiken); das Durchschnittserträgnis beziffert sich wöchentlich auf eintausend Francs. Davon wird der Propagandakasse ein Achtel zugewiesen.

Das Ziel der „Compagnons" ist die Verwirklichung einer Verkaufs-Kooperation mit einem Betriebskapital von 75 000 Francs. Ein Literat soll, gemäß diesem Plane, sein Werk dem Komitee übergeben; eine Woche später erhält er Mitteilung über die Verkaufsmöglichkeit und kann über einen Teilbetrag des Honorars sofort disponieren. Ferner erstrebt die genannte Vereinigung die Verschaffung intellektueller Kredite in Form von Studiengeldern. Diese Darlehen sollen, vom dreißigsten Lebensjahre des Empfängers angefangen, in Raten abgetragen werden. Zwischen den „Compagnons" und der Konföderation finden jetzt Verhandlungen über die gemeinschaftliche Wirksamkeit statt; dabei gibt es scharfe Meinungskämpfe über das Problem des „intellektuellen Kredites", wie er von Pierre Mille und einigen anderen Literaten angestrebt wird.

Schließlich sei auf das „Heim des Epikur" besonders hingewiesen, dessen künftige Bedeutung im internationalen Geistesleben hoch eingeschätzt wird. Intellektuellen jeder Nationalität wird in dem Hause Obdach geboten, nebst wohlfeiler Beköstigung, geistiger Zerstreuung und Arbeitsmöglichkeit. Ein Warenmagazin ist dem Hause angegliedert. In dem Projekte gehen die Gründer soweit, daß die Ausstellungen nationaler Kunst und gesellige Zusammenkünfte mit den Intellektuellen aller Länder ins Leben rufen wollen. An einer internationalen Bücherei, die alle Länder umfassen soll, wird gegenwärtig eifrig gearbeitet.

Kunst und Wissen.

⊙ **Eine Pfahlbaukolonie im Bodensee.** Der Verein für Pfahlbau- und Heimatkunde am Bodensee, der anfangs dieses Jahres gegründet wurde, hat nunmehr zwei Pfahlbauhäuser in der Bucht von Unteruhldingen, nahe dem geschichtlich hiezu geeigneten Ort, fertiggestellt und auch mit einer zeitgemäßen Ausstattung eingerichtet. Die Erbauung erfolgte nach der Weisung des Urgeschichtlichen Instituts in Tübingen. Das erste Haus ist als Familienhaus, das zweite als Männerhaus eingerichtet. Während die erstellten Bauten uns in die Steinzeit zurückversetzen, soll ein drittes Haus gebaut werden

MARCHIVUM

den am Bestimmungsort nicht ausgehändigt, sondern zurückgesandt, u. U. auch beschlagnahmt. Vor der Versendung von Mustern mit Handelswert nach Südafrika wird daher gewarnt.

‡ **Zuschüsse zu den Heilbehandlungskosten an kriegsbeschädigte ehemalige Militärpersonen.** Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 gewährt den nach ihm zu versorgenden Kriegsbeschädigten kostenfreie Heilbehandlung für ihr Dienstbeschädigungsleiden. Um auch Kriegsteilnehmern, die von diesem Gesetz nicht erfaßt werden, die Ausgaben für die Heilbehandlung zu verringern, sind beim Haushalt des Reichsministeriums des Innern Mittel zur Gewährung von Zuschüssen zu den Heilbehandlungskosten zur Verfügung gestellt. Sie werden gewährt, wenn die Kriegs-, Verstümmelungs- oder ähnliche Zulagen des laufenden Jahres für die Bestreitung der Heilbehandlungskosten nicht ausreichen. Unter gewissen Umständen kann ein Teil der Verstümmelungszulage bei der Anrechnung außer Ansatz bleiben. Die Zuschüsse werden bewilligt bei Krankenhausbehandlung, unter gewissen Bedingungen bei Hauspflege, bei Kuren in inländischen Bädern, Sanatorien und Lungenheilstätten, falls eine organische Erkrankung schwerer Art vorliegt. In gleicher Weise wird die Beschaffung von Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie von Führerhunden für Blinde erleichtert. Die Anträge sind mit einem Zeugnis über die Notwendigkeit der Heilbehandlung, das von einem Kreisarzt (Bezirksarzt) oder von einem beamteten Versorgungsarzt ausgestellt ist, sowie mit einer Uebersicht über die voraussichtlichen Kosten dem für den Wohnort zuständigen Hauptversorgungsamt zur Weiterleitung an die bewilligende Stelle vorzulegen.

‡ **Volks- und Jugendlesehallen des Bezirksverbands gegen den Alkoholismus.** Die Lesehalle Schwetzingerstraße 83 wurde im Monat Juli von 652 Erwachsenen und 599 Kindern im Alter von 8—14 Jahren besucht. Die Lesehalle im Lindenhof, Rheindammstr. 39, hatte einen Besuch von 563 Erwachsenen und 472 Kindern. Die Lesehallen, deren Benützung völlig frei ist, sind werktags geöffnet von 4—8 Uhr nachmittags, für Kinder von 4—6½ Uhr.

‡ **Auszeichnung.** Der Fa. Deutsch-Koloniale Bananen-Mühlen-Werke G. m. b. H., Mannheim-Industriehafen wurde durch den Ausschuß der Ausstellung für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie in Landsberg a. d. Warthe, die vom 10. bis 18. Juni d. J. daselbst stattfand, für hervorragende Leistungen die silberne Medaille verliehen. Die Firma hatte auf der Ausstellung ihren „Musacao" Bananenkakao vorgeführt.

‡ **Sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Firma Franz Brurein,** Zimmergeschäft, feiert heute Herr Werkmeister Albert Merkel, wohnhaft Friesenheimerstraße 7c.

Veranstaltungen.

‡ **Wiener Operettenspiele Rosengarten.** Die beifällig aufgenommene Neuheit „Die Postmeisterin" wird auch heute in der Besetzung der Erstaufführung gegeben. Auf vielfachen Wunsch wird „Der fidele Bauer" in den Spielplan aufgenommen und gelangt am Samstag, den 12. ds. zur Aufführung.

‡ **Künstlertheater „Apollo".** Am Samstag ist Anzengruber-Abend mit der Komödie „Die Kreuzlschreiber".

Stimmen aus dem Publikum.

Die stiefmütterlich behandelte Rheinhäuserstraße.

Eine der bedeutendsten Fuhrwerksverkehrsstraßen ist die Rheinhäuserstraße. Dabei nicht gepflastert und seit vielen Jahren nicht geteert. Der Spielplatz an der Gabelsbergerstraße, ebenfalls ein Sandplatz, vermehrt den Sand und Staub der Rheinhäuserstraße bei den meistens herrschenden Winden ins Unermeßliche. Ein Gang auf dem dem Platze gegenüberliegenden Fußsteige der Rheinhäuserstraße läßt den Dahinschreitenden Hunderte von Meter weit im Sandstaub waten. Letzterer wird an der Westfront der Straße durch die zufolge des freien Platzes zu stärkstem Druck angeschwollenen Winde durch die selbst dicht verschlossenen Fenster der hier angrenzenden Häuser hindurchgepreßt. Ein Zuhalten der Fenster nützt demnach nichts und reinliche Frauen müssen Tränen vergießen, wenn jede Stunde neu und immer vergeblich geputzt werden muß. Regen wird hier, während andere Menschen sich am Sonnenschein erfreuen, als Erlösung begrüßt. Eine Teerung des Spielplatzes und der Rheinhäuserstraße ist deshalb eine dringende Notwendigkeit. Der jetzige unhaltbare Zustand herrscht seit Jahren. Nachdem aber vor einiger Zeit einige Staubplagen nicht erfolglos erschalt sind und einige Straßen geteert worden sind, hat sich auch der Bewohner dieses Straßenteils eine leise Hoffnung bemächtigt.

Ein Anwohner im Namen Vieler.

Aus dem Lande.

+ **Pforzheim,** 8. Aug. Am Samstag mittag entgleisten bei der Einfahrt eines langen, von Mühlacker kommenden Güterzuges auf dem hiesigen Bahnhofe einige Wagen. Der Schaden dürfte recht erheblich sein. Der Personenverkehr wurde nur unerheblich gestört. Dagegen ergaben sich im Güterverkehr durch die Sperrung zweier stark benützter Gleise allerhand Verspätungen.

(!) **Neuenburg bei Müllheim,** 7. Aug. Ein tödlicher Unfall ereignete sich bei Napoleonsinsel, wo gegenwärtig noch Munition entladen wird. Eine sich zu früh entladende Granate tötete den 60 Jahre alten Arbeiter Karl Welte, der schrecklich verbrannt und verstümmelt wurde.

+ **Lörrach,** 8. Aug. Das oftmals beobachtete Verschulden des kaufenden Publikums an den Preistreibereien wird durch einen Vorgang, der sich auf dem hiesigen Markte abspielte, grell beleuchtet. Die andrängenden Käuferinnen drückten einer von auswärts gekommenen Bauersfrau, ohne nach dem Preise zu fragen, für ein Pfund Butter 120 M. und für ein Ei 8 M. in die Hände. Später erzählte die Frau, daß sie mit dem Vorsatz auf den Markt gekommen sei, das Pfund Butter für 100 bis 105 M. und das Ei ebenfalls billiger zu verkaufen.

):(**Waldshut,** 7. Aug. Nachdem in letzter Zeit in der Gemeinde Bechtersbohl und den umliegenden Gemarkungen durch Wildschweine großer Schaden verursacht wird, haben sich verschiedene Jagdgesellschaften entschlossen, eine größere Treibjagd auf dieselben zu veranstalten. Sie fordern auch die durch die Wildschweine geschädigten Gemeinden auf, ihrerseits an dieser Treibjagd teilzunehmen.

+ **Hasel** (Amt Schopfheim) 7. Aug. Hier entstand im Hause des Maurers Greiner (ehemalige Ziegelei) ein Brand, der anscheinend vom Backofen seinen Ausgang nahm. Durch schnelles Eingreifen der Bewohner konnte man des Feuers bald Herr werden. Der Schaden ist beträchtlich; außerdem erlitt eine Frau schwere Brandwunden.

):(**Meersburg,** 7. Aug. Der Stand der Weinberge ist bis jetzt gut. Die Reben zeigen volle Belaubung, und bei weiter günstiger Witterung darf man mit einem besseren Ausfall der Rebenernte als im vorigen Jahre rechnen.

Aus der Pfalz.

Hilfe für die geistigen Arbeiter der Pfalz.

DNB. **Landau,** 7. Aug. Der Landesverein Pfalz des Südwestdeutschen Verbandes im Reichsverbande der deutschen Presse veranstaltet am 8. Oktober in Landau (Pfalz) mit Unterstützung der bayrischen, badischen und Saarpresse sowie verschiedener Künstlerorganisationen ein Pressefest, dessen Reinerlös zur Errichtung einer Unterstützungskasse für bedürftige, zum Teil existenzlose Schriftsteller und Schriftleiter der Westmark verwendet wird. Für das Fest haben erste deutsche Künstler, Schriftsteller und Journalisten ihre Mitwirkung zugesagt. An demselben Tage wird eine Festschrift herausgegeben, die unter Ausschaltung jeder Politik in der Hauptsache einen Querschnitt durch das geistige Schaffen am Rhein bietet. Das Titelblatt zu der Schrift zeichnet Prof. Max Slevogt. Beiträge sind u. a. schon eingelaufen von: Universitätsprofessor Hermann Oncken, Ernst Posse, Chefredakteur der „Köln. Ztg.", Prof. Dr. Schreibmüller, Prof. Hagen, Intendant Dr. Hagemann, Dr. Heinrich Vierordt und den Dichtern Thomas Mann, Joseph Ponten, Ludwig Finckh, Wilhelm Schusen, Joachim von der Goltz, August Lämmle sowie den namhaften pfälzischen Heimat- und Mundartschriftstellern. Ein großer Teil der Auflage geht zu unseren Landsleuten in aller Welt, besonders in Nord- und Südamerika. Das Heft, das voraussichtlich in zwei Auflagen erscheint, ist ab 8. Oktober in allen Buchhandlungen sowie unmittelbar bei der Druckerei K. u. A. Kaußler in Landau (Pfalz) erhältlich.

*

Neustadt a. H., 8. Aug. Der Mieterverein Neustadt, der bereits 720 Mitglieder zählt, hat in seiner Versammlung am Samstag beschlossen, einen eigenen Geschäftsführer anzustellen in der Person seines Vorsitzenden Flor. — Die Herbstaussichten sind am mittleren und unteren, ganz besonders aber am oberen Gebirg überaus günstig. Die Trauben hängen in einer solchen Fülle und Größe an den Rebstöcken, wie man das seit langen Jahren nicht mehr gesehen hat. Allenthalben rechnet man mit einem vollen Herbst, was seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall war. Leider werden die Weintrinker kaum Aussicht haben, selbst unter diesen günstigen Umständen einen billigen Schoppen zu bekommen.

= **Kaiserslautern,** 4. Aug. Nach dem Verlust der drei pfälzischen großen Bergwerke St. Ingbert, Mittelberbach und Frankenholz, die an das Saargebiet fielen, hat die Pfalz nur noch im Nordwesten Kohlenfelder, die zum Teil schon früher abgebaut worden waren. Auch ist eine ganze Anzahl von Gruben in der Aufschließung und Einrichtung begriffen. Während jedoch in den pfälzischen Kohlengruben zusammen etwa 800 000 Tonnen Kohlen im Jahr gewonnen wurde, betrug die Kohlenförderung im Jahre 1921 nur 2 272 Tonnen, im Mai 1922 647 Tonnen. Nach Beendigung der Vorbereitungsarbeiten dürfte mit einer schnellen Zunahme der Produktion zu rechnen sein, die aber freilich nicht annähernd an die früheren Pfälzgruben heranreichen wird. Eine wieder in Betrieb genommene Braunkohlengrube bei Hasloch ist wieder stillgelegt worden.

X **Aus der Westpfalz,** 8. Aug. Eine sehr befriedigende Ausbeute läßt die bevorstehende Zwetschenernte erwarten. Die reiche Blüte und der gute Fruchtansatz haben sich entsprechend entwickelt und ergeben verheißungsvolle Vorbedingungen für die Ernte. Auch aus anderen Teilen Deutschlands, besonders aus Thüringen, einem Haupt-Zwetschengebiet, kommen günstige Meldungen, sodaß heuer mit reicher Anfuhr zu rechnen ist, zumal Deutschland inbezug auf Zwetschenproduktion auf dem Obstgebiet an der Spitze steht. Die Preisgestaltung dürfte mit dem Fortschreiten der Einerntung fallende Tendenz erreichen.

Sportliche Rundschau.

Internationales Wettschwimmen in Arosa.

Bei gutem Besuch fand am Samstag und Sonntag der Austrag des Länderwettkampfes Deutschland—Schweiz im Schwimmen in Arosa statt. In liebenswürdigster Weise waren die deutschen Schwimmer in der Schweiz empfangen worden. In 1800 Meter Höhe bei herrlicher Luft gingen die einzelnen Wettkämpfe von statten. Die Schweizer hatten ihre besten, darunter den Schweizmeister, herausgestellt. Auch Deutschland trat mit seinen Kanonen des Schwimmsports an. Daß Deutschland wohl nicht ohne Sieg heimkehren würde, stand bei der vorzüglichen Technik der Mannschaften zu erwarten. Daß sie aber einen solchen Bombenerfolg mit nach Hause nehmen sollten, darauf war man nicht gefaßt. Die Gesamtwertung ergab 85 Punkte für Deutschland, dem die Schweiz nur 50 Punkte entgegenzustellen hatte. Die Deutschen hatten sämtliche Konkurrenzen außer dem Fußballspiel, siegreich absolvieren können. Unter Anwesenheit des deutschen Konsuls in Davos, Dr. Burkhardt, gingen die Wettkämpfe von statten, die den deutschen Schwimmern Sieg auf Sieg brachten. Die einzelnen Resultate lauten wie folgt:

1. **Staffel 4 mal 50 Meter beliebig:** 1. Deutschland (Bierhalter-Karlsruhe, Binner-Breslau, Schneefuß-Stuttgart, Gubener-Magdeburg) in 2.11,2; 2. Schweiz 2.19,4. Schon beim Start wurde der Schweizer Meister von Bierhalter ins Hintertreffen verwiesen.

2. **100 Meter-Brustschwimmen:** 1. Erber-Nürnberg 1.27,4; 2. Jenisch-Frankfurt a. M. 1.27,8; 3. Bruggmann-St. Gallen 1.38,2; 4. Pfeiffer K.-Schaffhausen 1.40,8.

3. **100 Meter-Rückenschwimmen:** 1. Grepper-Augsburg 1.26,6; 2. Dr. Fahr-Cannstatt 1.27,6; 3. Pfeiffer M.-Schaffhausen 1.31,8.

4. **100 Meter-Schwimmen beliebig:** 1. Holfelder-Freiburg i. B. 1.11,2; 2. Hilmar-Magdeburg 1.13,2; 3. Knuchel-Zürich 1.14,8; 4. Jenni-Neuchatel 1.16,4.

5. **Staffel 4 mal 80 Meter Brust:** 1. Deutschland (Binner-Breslau, Jenisch-Frankfurt a. M., Schneefuß-Stuttgart, Erber-Nürnberg) in 2.47; 2. Schweiz 2.59,4.

6. **400 Meter beliebig:** 1. Holfelder-Freiburg i. B. 6.28,4; 2. Gubener-Magdeburg 6.35,4; 3. Rahn-Schaffhausen 7.10,2.

7. **Kunstspringen:** 1. Wiesel-Leipzig 108,8 Punkte; 2. Bechnir-Dessau 102,8 Punkte; 3. Knuchel-Zürich 88,6 Punkte.

8. **4mal 100 Meter-Lagenstaffel:** 1. Deutschland (Jenisch-Frankfurt, Hilmar-Magdeburg, Dr. Fahr-Cannstatt, Bierhalter-Karlsruhe) in 5:42,4; 2. Schweiz in 5:58,8.

9. **Streckentauchen:** 1. Erber-Nürnberg, 50 Mtr. in 38 Sek.; 2. Schelling-St. Gallen, 50 in 41,4; 3. Spahn-Schaffhausen 50 in 42,8 Sekunden.

10. **Staffel 4mal 100 Meter beliebig:** 1. Deutschland (Holfelder-Freiburg, Gubener-Magdeburg, Binner-Breslau, Grepper-Augsburg) in 5:08,2; 2. Schweiz in 5:25,2.

Wasserballspiel: Deutschland — Schweiz 1:2 (1:1). Die deutschen Schwimmer sind durch die vorangegangenen Konkurrenzen im kalten Wasser stark übermüdet und können sich deshalb nicht mehr so recht entwickeln. Trotzdem gelang es Bierhalter-Karlsruhe mit einem Bombenschuß noch das Ehrentor zu erzielen. Unter dem Beifall der Zuschauer verließen die deutschen Schwimmer die Kampfstätte. Jedenfalls hat dieses sportliche Ereignis die beiden Nationen wiederum erheblich näher gebracht. Bzd.

Pferdesport.

sr. **Zwei 300 000 Mk. Trabrennen in Berlin.** Was den Galopprennvereinen bisher nicht möglich war, ist den Berliner Trabrennvereinen gelungen. Der Mariendorfer Trabrennverein hat zwei 300 000 Mark-Rennen ausgeschrieben, die im Herbst auf seiner Bahn zur Entscheidung gelangen werden. Das Matadoren-Rennen, das kürzlich mit 250 000 Mark ausgeschrieben wurde, hat eine Preisaufbesserung auf 300 000 Mark erfahren und einige Propositionen wurden dabei geändert, aber gleichzeitig ist die Ausschreibung eines weiteren 300 000 Mark-Rennens, des Preises der Republik, erfolgt. Es ist ein Stichfahren für Drei- bis Siebenjährige über 1600 Meter. Nennungsschluß 15. Oktober.

Radsport.

§ **Industrierennen quer durch die Pfalz.** Erwartet von einer großen Menschenmenge trafen die Teilnehmer an dem großen Industrierennen durch die Pfalz von Ludwigshafen-Kaiserslautern kommend am Sonntag kurz nach Mittag in Zweibrücken ein. Die Fahrt ins Saargebiet bis Saarbrücken mußte infolge Grenzschwierigkeiten aufgegeben werden, die Fahrer bewegten sich daher der Saarlandgrenze entlang zum westlichsten Punkt Zweibrücken und von da über Pirmasens-Landau nach Ludwigshafen zurück. Sonntag früh ½6 Uhr waren die ersten Teilnehmer in Ludwigshafen abgelassen worden. Gegen 12 Uhr mittags wurde von Mörbach aus die Spitzengruppe gemeldet, um 12.13 Uhr berührte eine Gruppe von 4 Mann (Amateure) die Zweibrücker Kontrollstation, 3 Minuten später folgte der 1. Berufsfahrer, Manthei-Berlin, an der Spitze einer weiteren Gruppe. Innerhalb einer Stunde passierten dann rund 35 Mann die Kontrollstation. Die Oberleitung der Rennen bildete den Schluß. Die Einmündung der Rennstrecke vom Kreuzberg aus durch die Blücherstraße war mit zahlreichen Kurven und steilen Senkungen eine der gefährlichsten Stellen der Fahrt und war anfänglich nicht als Rennstrecke vorgesehen, mußte dann erst in letzter Minute wegen Wegfall der Saarlandfahrt gewählt werden.

Leichtathletik.

sr. Eine ausgezeichnete Leistung hat der 17jährige Braunschweiger K. Gerke vollbracht. Gerke, der auch schon bei den Jugendkonkurrenzen der Deutschen Kampfspiele hervortrat, startete bei den nationalen Wettkämpfen in Braunschweig im Weitsprung und vollbrachte dabei die selbst für internationale Verhältnisse sehr gute Leistung von 7,02 Meter.

Neues aus aller Welt.

= **Zwei schwere Fernbeben.** Am Dienstag früh registrierte der Erdbebenapparat der Königstuhlsternwarte nach längerer Ruhezeit zwei schwere Fernbeben, deren ersteres, schwächeres 4.34 Uhr eintrat. Das zweite erreichte um 5 Uhr sein Maximum.

— **Der zweimillionste Besucher in der Deutschen Gewerbeschau München.** Die Deutsche Gewerbeschau München hat ihren zweimillionsten Besucher demnächst zu erwarten. Auch aus diesem Anlaß sind wertvolle Gaben, zwei Pelze im Werte von je 15 000 Mark, gestiftet worden.

— **Schwerer Eisenbahnunfall bei Stettin.** Auf der Station Poelitz der Bahnstrecke Stettin-Großziegenort konnte Sonntag früh gegen ¼7 Uhr beim Andrücken der Lokomotive an den Personenzug 485 der Lokomotivführer die Lokomotive nicht rechtzeitig zum Stehen bringen und fuhr mit starkem Stoß auf den Zug auf. Ein Reisender und ein Postbeamter wurden erheblich, 25 Personen leichter verletzt.

— **Neumodische Wackeltänze.** Eine erfreuliche Nachricht, die aber selber nicht aus Deutschland, sondern aus Amerika kommt, geben in einem schönen Beispiel die vor etwa 70 Jahren nach Brasilien ausgewanderten Deutschen, namentlich die Hunsrücker, die sich im Staate Rio Grand de Sul niedergelassen haben. Die aus Bollenbach, Post Rhaunen, Ausgewanderten halten die Bollenbacher Kerb in Amerika und verschicken folgende Einladungskarten: „Ballebacher Kerb". Connit fer Mitglied Buben Laues. Die unterzeichnete Kommission hat beschloß, das Jahr dieselbig Kerb am 21. und 22. von dem do Monat ze feiern. Aver dasmol muß jedes Mitglied vom Rio Grandenser Verein 5 Milreis fer die Musik an der Tehr bezohle une fer jeden Owend. Walbelait koscht nix. Es is noch weiter beschloß in der groß Versammlung von der Ballecher Buwe, daß die naimodische Wackeltänz nit gelitte sinn, un wer doch wackle tut, werd rausgeschmiß. Die unnerzeichnet Kommission." Folgen die Namen.

— **5000 Opfer des Taifun.** Reuter meldet aus Hongkong, daß am 2. August einem Taifun in Swatau (an der Mündung des Hau) schätzungsweise 5000 Personen zum Opfer gefallen sind.

den, das uns die Bronzezeit erschauen lassen will. Die Innenausstattung zeigt, in wie primitiver, aber doch praktischer Weise die Pfahlbaubewohner gelebt haben. Die Kolonie ist nunmehr für die allgemeine Besichtigung geöffnet.

⊙ **Die Neuordnung der Dresdener Gemälde-Galerie.** Sämtliche Museen Dresdens sind in der letzten Zeit einer Neuordnung und Umgestaltung unterzogen worden, wobei in dem Schloß-Museum eine ganz neue Sehenswürdigkeit geschaffen wurde. Im „Cicerone" berichtet Paul F. Schmidt über diese Umformung und macht auch wichtige Mitteilungen über die Neuordnung der Gemäldegalerie, die freilich noch nicht endgültig ist. In dem obersten Geschoß, das der neuen Kunst eingeräumt worden ist, steht im Mittelpunkt der Saal, der Ferdinand von Rayski gewidmet ist. In 14 Gemälden, von denen die Hälfte Neuerwerbungen sind, ist seine Kunst würdig vertreten. Links gelangt man von diesem Saal zu der älteren Kunst, rechts zu den französischen und deutschen Expressionisten und dem Saal der neuesten Kunst. Sehr wertvolle Leihgaben des Museums sind hervorragende Bilder von Delacroix, Manet, Liebermann, Trübner, Schuch. Auch die Gemälde der „Jüngsten" sind fast alles Schenkungen und Leihgaben, darunter drei Werke Kokoschkas, eine schöne Landschaft Heckels und die „Tierschicksale" Franz Marcs. Bereichert ist die Sammlung der neueren Kunst durch drei schöne Landschaften von C. D. Friedrich, zwei herrliche Marées, eine Walchensee-Landschaft Corinths u. a.

⊙ **Die Befreiungshalle bei Kehlheim in Gefahr.** Der bayrische Landesausschuß für Naturpflege macht die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam, daß einem der bedeutendsten deutschen Nationaldenkmäler der von Ludwig I. errichteten Befreiungshalle in Kehlheim große Gefahr droht. Die Niederbayerischen Cellulose-Werke sind im Begriffe, in nächster Umgebung der Befreiungshalle große Neubauten zu errichten, die mit ihren hohen Schornsteinen die Kugelkette teilweise bis zu 40 Meter überragen werden. Der beherrschende Eindruck der Befreiungshalle, die die Erbauer Gärtner und Klenze mit Absicht an dieser Stelle errichtet haben, würde durch die Fabrikbauten vollkommen verloren gehen.

⊙ **4½ Millionen Erlös bei einer Inkunabel-Versteigerung.** Das Antiquariat Math. Lempertz in Bonn versteigerte am 25. Juli eine aus etwa 400 Drucken bestehende Rheinische Inkunabel-Bibliothek. Man hatte von dieser einzigartigen Kollektion hohe, sogar sehr hohe Preise erwartet. Die erzielten Preise sind aber in der Geschichte des Büchermarktes ohne Beispiel, selbst wenn man die fünf- und sechsstelligen Zahlen in Goldmark übersetzt. Die bei der Auktion zusammengekommenen Liebhaber und Antiquare aus dem In- und Auslande zeigten ihr Interesse durch unbedenkliches Steigern, so daß die ganze Sammlung in knapp 7 Stunden verkauft war. Den höchsten Preis brachte Nr. 339: Ptolomaeus, Cosmographia, Ulm 1482, die für 155 000 M. zugeschlagen wurde. Die nächsthöchsten Preise gingen unter die 100 000 M. zurück und bewegten sich auf der Höhe zwischen 50 und 90 000 M. Wir nennen Wolfram von Eschenbachs Parzival, Straßburg 1477, 83 000 M.; Petr. de Crescentiis, Opus ruralium commodorum, Speyer 1479, 84 000 M.; de Ast, Summa de casibus conscientiae, Köln 1479, 71 000 M.; Biblia latina, Straßburg 1479, 71 000 M.; Mauburnus, Rosetum exercitiorum, Zwolle 1494, 59 000 M. Eine große Reihe von Preisen bewegte sich zwischen 30 000 und 40 000 M. Das Gesamtergebnis war mit 10 Prozent Aufgeld 4½ Millionen Mark.

⊙ **Das Gehirn der Bienen.** Die schwierige Herstellung mikroskopischer Gehirnpräparate bei Insekten hat es mit sich gebracht, daß man erst spät dazu kam, die Gehirne dieser Tiere als Maßstäbe für die Intelligenz zu verwerten. Bei den Bienen ist dies aber nun durch langjährige Forschungen geschehen, und über die Ergebnisse berichtet Herm. Rabestock in der „Umschau". Die sogen. „pilzförmigen Körperchen" der Insekten enthalten das Intelligenzorgan, und zwar ist das Intelligenzzentrum äußerlich ein mehr oder weniger umfangreicher Hügel, der durch eine von oben her einschneidende Furche in zwei Kuppen verlegt wird; im Innern dieser Kuppen befinden sich nun die an gestielte Pilze erinnernden, nach allen Richtungen nervenaussendenden Intelligenzorgane. Vergleicht man die „Becher" genannten Vertiefungen der Wespe mit denen der Arbeitsbiene der Königin und der Drohne, so findet man, daß die Höhlung jener Becher in der genannten Reihenfolge immer flacher, die Wände immer dünner werden. Die Größe des Insekts braucht mit dem Umfang seines Intelligenzorgans durchaus nicht im parallelen Verhältnis zu stehen. Die Hornissen und die großen Holzbienen haben z. B. ein viel kleineres Gehirn als die Zwergbiene und die kleine Wespe. Auch die Form und Größe des Kopfes ist von keinem Einfluß auf die Größe des Gehirns und die Stelle, die das betreffende Tier in bezug auf seine Intelligenz einnimmt. Die Weibchen haben bei den Bienen durchweg ein entwickelteres Gehirn als die Männchen, die sozial lebenden ein reicheres als die einzellebenden Arten. Hochinteressant ist es, wie der höhere oder niedere Grad der Vergesellschaftung bei den sozialen Insekten sich in der Verfeinerung des Gehirns ausdrückt. Den ersten Platz nehmen in dieser Hinsicht nach den Forschungen des Freiburger Professors Armbruster die Hummeln ein, den zweiten die Wespen und den dritten die Honigbienen. Die Sozialisierung ist bei den Honigbienen am weitesten vorgeschritten, und deshalb bleibt für die Entwicklung des Einzelinstinkts wenig Raum. Bei den Wespen ist die Volkszahl bedeutend geringer, und für die individuelle Betätigung des einzelnen Tieres bleiben mehr Möglichkeiten. Bei den Hummeln aber finden wir die geringste Volkszahl, und hier werden ziemliche Ansprüche an die Betätigung des einzelnen Tieres gestellt. Deshalb ist ihr Gehirn am reichsten ausgebildet. Jedenfalls ist die Rangordnung, die nach dem Intelligenzorgan im Gehirn der Insekten aufgestellt worden ist, ein wichtiges Mittel, um unsere Kenntnisse vom Leben der Insekten zu vertiefen.

MARCHIVUM

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Volkswirtschaftliche Wochenübersicht

Eine gewaltige Welle von Preiserhöhungen ist in der letzten Woche im Anschluß an die neue Katastrophe der Mark wieder über die deutsche Wirtschaft hinweggegangen. Am meisten ist wohl die für Eisen infolge ihres ungewöhnlich großen Ausmaßes beachtet worden. Die Erhöhung des Stabeisenpreises von 10640 ℳ mit einem Schlage auf 19470 ℳ ist geeignet, auch über die Kreise der Interessenten hinaus Aufsehen zu erregen. In gleichem Umfange sind auch die Preise der übrigen Walzwerk-Erzeugnisse gesteigert worden, nämlich durchschnittlich um 80 bis 90%. Begründet wird diese Maßnahme mit den stark gestiegenen Frachten, dem Bedarf an Auslandserzen und vor allem mit der Notwendigkeit, wegen der deutschen Kohlennot englische Kohlen in erheblichen Mengen zu verbrauchen. Verglichen mit den Vorkriegspreisen, betragen die heutigen Eisenpreise fast das 200fache, entsprechen also ungefähr dem heutigen Dollarstande, der allerdings bei der Festsetzung der neuen Eisenpreise noch nicht in Betracht gezogen werden konnte. Immerhin müssen die Industrieführer bei ihrer Preisfestsetzung mit einer weiteren Verschlechterung des Markwertes wohl schon gerechnet haben, denn nur in diesem Falle war es möglich, mit den heutigen Preisen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben und die deutsche Eisenausfuhr nicht zu gefährden, wenn die weitere Markentwertung freilich die Herstellungskosten noch erheblich steigert, so wird auch der jetzige, so ungeheuer hoch erscheinende Preis der Eisenfabrikate nicht ausreichen. Die viel kritisierte Preiserhöhung in der Eisenindustrie beweist vielmehr nur, daß die Produktionskosten in Deutschland mindestens für diese Erzeugnisse die Steigerung der Devisen erreichen, teilweise sogar überholt haben, sodaß von einer Valutaprämie nicht mehr die Rede sein kann. Frankreichs Kohlenpolitik gegenüber Deutschland ist überhaupt nur zu verstehen aus dem systematischen Bestreben, durch den Druck auf die deutsche Kohlenbasis die Selbstkosten der deutschen Eisenindustrie und anderer deutscher Industrieen so zu steigern, daß diese gegenüber der französischen Konkurrenz möglichst stark benachteiligt sind.

In der Textil-Industrie liegen die Verhältnisse übrigens in vieler Beziehung ähnlich. Hier kommt vor allem die Notwendigkeit des Rohstoffbezugs aus dem Auslande in Betracht. Das Kilogramm Rohbaumwolle, das am 30. Juni für den deutschen Fabrikanten sich auf 202,10 ℳ stellte, kostete am 1. August infolge des Marksturzes 362,40 ℳ. Gegenüber der Vorkriegszeit ist hier die Preiserhöhung noch sehr erheblich größer als eine 200fache. Die unerhört heftigen Valutaschwankungen, das rapide Steigen der Devisenkurse machen für die verarbeitenden Industrien und für den Handel jede Kalkulation auf fester Grundlage unmöglich. Nachdem erst kürzlich der Goldwert der Mark auf einen Pfennig herabgesunken war, beträgt er z. Zt., wo diese Zeilen geschrieben werden, bei einem Dollarkurse von 840 nur noch einen halben Pfennig, und niemand weiß, ob er nicht in einigen Tagen oder Wochen einen noch kleineren Bruchteil des Pfennigs ausmachen wird. Der Einfluß dieser Entwicklung auf die Löhne und Gehälter muß natürlich revolutionierend sein. Umsomehr bedarf es heute einer Zusammenarbeit der Arbeitnehmer- mit den Arbeitgeberorganisationen, um durch rechtzeitige Verständigung Konflikte und langwierige Lohnkämpfe zu vermeiden. Der Arbeitsgemeinschaftsgedanke ist in keiner Zeit so notwendig und von so segensreicher Wirkung wie jetzt, wo die Grundlagen aller Geldwerte Preise und Löhne ins Wanken geraten sind.

Eine andere Folge der Markentwertung ist eine erneute Verschärfung der Kreditnot. Das zeigt sich auch jetzt wieder darin, daß die Kurse unserer Industrieaktien trotz fester Börsenstimmung nicht im entferntesten mit der Aufwärtsbewegung der Devisen Schritt halten. Die Industrie ist aus Kapitalmangel vielfach nicht mehr imstande, den bisherigen Umfang ihrer Produktion aufrecht zu erhalten, oder sich gar weiter auszudehnen. Das beweist am besten die Tatsache, daß die Kapitalerhöhungen der Industrie-Aktiengesellschaften sehr erheblich nachgelassen haben, trotz des durch die Preiserhöhungen zweifellos gewaltig gesteigerten Geldbedarfes. Während im März noch für 4,1 Milliarden Mark neue Aktien ausgegeben wurden, sank diese Ziffer im April auf 3,6, im Mai auf 2,6, im Juni auf 1,6 Milliarden und wird im Juli sicher noch niedriger sein. Die Folge wird sein, daß sich die Industrie durch Einschränkung ihrer Produktion über die Geldnot hinwegzuhelfen versucht. Die Mengenstatistik unserer Ausfuhr bestätigt diese Annahme vollkommen. Auch die Eindämmung der Notenherstellung vergrößert nur die Kapitalnot. Der Geldbedarf der deutschen Wirtschaft machte sich am Juli-Ultimo so stürmisch geltend, daß der Notenumlauf mit einem Schlage um 16,75 Milliarden Mark vermehrt werden mußte! Auch hier bewährt sich wieder das alte Römerwort, daß man natürliche Vorgänge nicht mit rohen Gewaltangriffen dauernd aufzuhalten vermag.

Industrieller Kapitalbedarf.

Der industrielle Kapitalbedarf hat auch im Monat Juli weiter nachgelassen. Nach den Aufzeichnungen des Bankhauses, Schwarz, Goldschmidt & Co. wurden im Juli 1180 Mill. ℳ Stammaktien geschaffen. Die Summe der beantragten Vorzugsaktien betrug 63 Mill. ℳ; davon waren 29 Mill. ℳ mit mehrfachem Stimmrecht ausgestattet. Insgesamt wurden in der Zeit vom Januar bis Juli dieses Jahres 18326 Mill. ℳ beansprucht. Der Kapitalbedarf seit Beginn des Jahres zeigt im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres folgendes Bild:

In Mill. Mk.	Stammaktien		Vorz.-Aktien m. mehrf. Stimmrecht		Vorz.-Aktien m. einf. Stimmrecht		Industrie-Obligation.		Insgesamt	
	1921	1922	1921	1922	1921	1922	1921	1922	1921	1922
Januar	908	1256	57	39	190	286	396	1688	1551	3250
Februar	1329	919	38	23	390	148	636	315	2393	1405
März	557	2574	19	104	90	257	143	1240	809	4175
April	1988	3098	20	127	132	159	694	241	2834	3625
Mai	868	1893	30	107	195	127	86	517	1179	2644
Juni	985	1399	9	54	47	47	484	113	1525	1613
Juli	600	1180	18	29	7	34	470	361	1095	1604
	7235	12319	191	474	1051	1058	2909	4475	11386	18326

Größere Kapitalerhöhungen wurden insbesondere beantragt von den Pfalzwerken A.-G., Ludwigshafen a/Rh. um 30 Mill. ℳ, der Amperwerke Elektr. A.-G., München um 30 Mill. ℳ, der Neuen Amperkraftwerke A.-G., München um 24 Mill. Stammaktien und 2 Mill. Vorzugsaktien, der Hamburgischen Elektrizitätswerke A.-G. um 88 Mill. ℳ, der Brown, Boveri & Co. A.-G., Mannheim um 35 Mill., der A.-G. für elektrische Anlagen, Berlin um 50 Mill. Stammaktien und 5 Mill. ℳ Vorzugsaktien, der Sachsenwerk Licht- und Kraft A.-G. um 61,4 Mill., der Kühltransit A.-G. Leipzig um 30 Mill., der Amme, Giesecke & Konegen A.-G. um 26 Mill., der Siegen-Solinger Gußstahl Aktien-Verein um 49,8 Mill. Stammaktien und 3 Mill. Vorzugsaktien, der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G. um 50 Mill. Stammaktien und 5 Mill. Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht, und der F. H. Hammersen A.-G., Osnabrück um 48 Mill. Stammaktien und 2 Mill. Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht.

Dollarkurs 795 Mark.

Anträge auf Kapitalerhöhungen, die in der Statistik für den Monat Juni des laufenden Jahres enthalten waren, wurden zurückgezogen resp. abgelehnt von der Vorwärts Spinnerei A.-G., Brackwede um 8 Mill. ℳ.

Industrie-Obligationen wurden unter anderem geschaffen von den Pfalzwerken A.-G., Ludwigshafen a/Rh. um 170 Mill. und der Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G., Halle um 100 Mill. ℳ.

Devisenmarkt

Mannheim, 9. Aug. (9.30 Uhr vorm.) Es notierten am hiesigen Platz: New York 795, London 3550, Schweiz 15075, Paris 6475.

New York, 8. Aug. Die Mark notierte bei Börsenschluß 0,13¼ (0,14) cents, was einem Kurs von 754 (714,29) ℳ entspricht.

Berliner Devisen.

Amtlich	7. August Geld	7. August Brief	8. August Geld	8. August Brief
Holland	30262.10	30357.90	29563.—	29637.—
Brüssel	5817.70	5832.30	5847.65	5862.35
Christiania	13333.30	13366.70	13058.65	13091.35
Kopenhagen	16604.20	16645.80	16323.55	16370.45
Stockholm	20074.85	20125.15	19875.10	19924.90
Helsingfors	1624.95	1629.05	1609.95	1614.05
Italien	3440.65	3447.35	3475.65	3484.35
London	3415.70	3424.30	3400.70	3409.30
New-York	751.55	753.45	762.04	763.96
Paris	6117.35	6132.65	6182.25	6197.75
Schweiz	14182.50	14217.75	14431.90	14468.10
Spanien	11460.65	11489.35	17735.80	17764.70
Oesterr.-Ungar.	—.—	—.—	—.—	—.—
Wien abg.	1.53	1.57	1.45	1.49
Prag	1872.65	1877.35	1875.65	1880.30
Budapest	42.94	43.06	48.43	48.54

Zürich.	7.	8.
Berlin	0.68	0.70
Wien	0.01	0.01
Prag	12.75	12.90
Holland	203.60	203.93
New York	5.23	5.26
London	22.32	23.46
Paris	42.57	42.80

(in Franken)	7.	8.
Italien	23.44	24.12
Brüssel	40.75	40.45
Kopenhagen	112.—	113.—
Stockholm	137.50	137.25
Christiania	90.13	90.—
Madrid	81.60	81.80
Buenos Aires	191.—	191.—

Amsterdam.	7.	8.
Wechsel a. London	11.80	11.90
" " Berlin	0.34	0.34
" " Paris	21.02	21.02
" " Schweiz	48.12	48.13
" " Wien	0.05	0.05
" " Kopenhagen	55.65	55.60

(in Gulden)	7.	8.
Wechsel a. Stockholm	67.60	67.63
" " Christiania	44.13	44.30
" " New York	2.58	2.58
" " Brüssel	19.85	19.83
" " Madrid	40.00	40.10
" " Italien	11.85	11.80

New York, 8. August (WB) Devisen.

	7.	8.
Frankreich	8.10	8.14
Belgien	7.73	7.67
Schweiz	19.—	19.02
England	4.40	4.14
Spanien	15.51	15.52
Italien	4.42	4.37
Deutschland	0.14	0.13

Festverzinsliche Werte.

a) Reichs- und Staatspapiere.	7.	8.
5% D. Schatzn. Ser. I	—.—	—.—
5% do. Ser. II	—.—	100.50
4½% do. Ser. IV-V	86.60	86.50
4½% do. Ser. VI-IX	72.40	72.40
4½% do. 1924er	94.30	94.25
5% Dtsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% do.	117.—	119.—
3½% do.	89.90	90.75
3% do.	240.—	265.—
4% Preuß. Konsols	70.50	71.—
3½% do.	63.50	65.50
3% do.	67.50	71.—
4% Badische Anleihe	69.—	70.60
3½% Bayer. Anleihe	67.—	68.25
3% Hess. Anleihe	59.40	58.—
4% Frankf. Stadtanl.	101.50	101.50
4% Münch. Stadtanl.	97.—	97.—
4% Frankf. Hypoth.-bank-Pfandbriefe	—.—	100.50
b) Ausländische Rentenwerte.		
4½% Oesterreich. Schatzanweis.	1175.—	1225.—
4% do. Goldrente	25.—	24.50
4% do. konv. Rente	1200.—	1260.—

	7.	8.
4½% Oest. Schatzn. Silberrente	—.—	—.—
4½% do. Papierrente	1000.—	1080.—
4% Türk. Admin.-Anl.	850.—	775.—
4% do. Bagdad-Eisenbahn I	1025.—	980.—
4% do. Bagdad-Eisenbahn II	650.—	600.—
4% do. unif. Anleihe	—.—	—.—
4% do. Zollobl. v. 1911	555.—	521.—
do. 400-Frs.-Los.	6005.—	6650.—
4½% U. St.-Rt. v. 1913	—.—	—.—
4½% do. do. v. 1914	415.—	365.—
4% do. Goldrente	959.50	—.—
4% do. Kronenrente	390.—	—.—
4% Wien. Invest.-Anl.	—.—	—.—
3% Oester.-Ungar. Staatsbank, alte	1875.—	1895.—
3% do. IX. Serie	1625.—	1500.—
3% do. Erg.-Netzen	—.—	—.—
4% do. Goldprioritäten	260.—	260.—
2,60% Südöst. Eab. a. P.	—.—	800.—
2,60% do. neue Prior.	—.—	600.—
5% do. Obligationen	—.—	525.—
4½% Anat., Ser. I	660.—	525.—
4½% do., Serie II	660.—	625.—
4½% do., Serie III	450.—	430.—

Dividenden-Werte.

Transp.-Aktien.	7.	8.
Schantungbahn	480.—	495.—
Allg. Lok.- u. Straßenb.	326.—	360.—
Gr. Berl. Straßenb.	—.—	—.—
Südd. Eisenbahn	—.—	—.—
Oest. Staatseisenb.	2745.—	2720.—
Baltimore and Ohio	3495.—	3460.—
Prinz-Heinrichbahn	—.—	—.—
D.-Austr. Dampfsch.	630.—	655.—
Hamb.-Amerik. Paket	500.—	500.—
Hamb.-Südam. D'sch.	859.—	875.—
Hansa Dampfsch.	413.—	409.—
Norddeutsche Lloyd	359.—	350.—
Bank-Aktien.		
Barmer Bankverein	212.—	212.—
Berliner Handels-Ges.	600.—	619.—
Comm.- u. Privatbank	281.—	282.—
Darmstädter Bank	256.—	256.—
Deutsche Bank	500.—	495.—
Diskonto-Commandit	330.—	330.—
Dresdner Bank	284.—	284.—
Meininger Hypothekbk.	—.—	148.—
Mitteld. Kreditbank	236.—	238.—
Nationalbk. f. Deutschl.	269.—	264.—
Oesterreich. Kredit	157.—	157.50
Reichsbank	215.—	220.—
Industrie-Aktien.		
Accumulat.-Fabrik	1390.—	1530.—
Adler & Oppenheim	1625.—	1625.—
Adlerwerke	495.—	502.—
A.-G. Anil. Treptow	780.—	790.—
Allgem. Elektr.-Ges.	735.—	735.—
Anglo-Continental	1960.—	2025.—
Augsb.-Nürnb. Masch.	1100.—	1200.—
Badische Anilin	875.—	890.—
Bergmann Elektr.	608.—	620.—
Berl. Anhalt. Masch.	540.—	550.—
Berliner Elektr.	—.—	—.—
Bl. Masch. B. Schwartzk.	1085.—	1150.—
Bing Nürnberg	528.—	525.—
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	1540.—	—.—
Gebr. Böhler & Co.	—.—	—.—
Braunk. u. Brikettind.	1152.—	1180.—
Bremer Vulkan	1845.—	1830.—
Brown, Boveri & Co.	—.—	—.—
Buderus Eisenw.	721.—	880.—
Chemische Griesheim	895.—	920.—
Chem. Heyden	755.—	—.—
Chemische Weiler	737.—	724.—
Chemische Albert	1625.—	1630.—
Concordia Bergbau	—.—	—.—
Daimler Motoren	416.—	—.—
Dessauer Gas	520.—	540.—
Deutsch-Luxemburg.	1425.—	1775.—
D.-Ueberseeb. Elektr.	—.—	—.—
Dtsch. Eisenb.-Sign.	500.—	505.—
Deutsche Erdöl	2800.—	2750.—
Dtsch. Gasglühlicht	—.—	—.—
Dtsch. Gußstahlkugel	535.—	550.—
Deutsche Kaliwerke	2250.—	2095.—
Deutsche Steinzeug	645.—	655.—
D. Waffen u. Munition	1780.—	—.—
Dtsch. Wolle	925.—	960.—
Dürkoppwerke	620.—	610.—
Dynamit Trust	726.—	753.—
Elberfelder Farben	800.—	820.—
Elektr. Licht u. Kraft	415.—	430.—
Bk. f. e. Unt. (Zürich)	—.—	—.—
Eschweiler Bergwerk	1085.—	1160.—
Feldmühle Papier	650.—	660.—
Felten & Guilleaume	924.—	950.—
Friedrichshütte	—.—	—.—
Gaggenau Vorz.	431.—	437.—
Gasmotoren Deutz	—.—	—.—
Gelsenkirchner Bergw.	1580.—	1900.—
Gelsenkirch. Gußstahl	806.—	850.—

	7.	8.
Georgs-Marienh.	1000.—	950.—
Germania	801.—	850.—
Gerresheimer Glas	2000.—	2210.—
Goldschmidt, Th.	970.—	990.—
Gritzner Maschinen	1440.—	1400.—
Grün & Bilfinger	773.—	713.—
Hannov. Masch. Egest.	4450.—	4600.—
Hannov. Waggonfabr.	720.—	710.—
Harkort Brgw.	1103.—	1150.—
Harpener Bergbau	4400.—	5100.—
Hilpert Maschinen	481.—	481.—
Hirsch Kupfer	870.—	875.—
Höchster Farbwerke	759.—	800.—
Hoesch Eisen u. St.	1501.—	1950.—
Hohenlohe-Werke	1110.—	1150.—
Humboldt Maschinen	545.—	600.—
Hüttenw. C. W. Kayser	768.—	768.—
Kaliw. Aschersleben	1215.—	1250.—
Kattowitzer Bergbau	1485.—	1640.—
Köln-Rottweiler	831.—	850.—
Gebr. Körting	540.—	540.—
Kostheimer Zellulose	—.—	—.—
Lahmeyer & Co.	397.—	411.—
Laurahütte	2175.—	2275.—
Leopoldshall	2030.—	—.—
Linde's Eismaschinen	651.—	635.—
Linke & Hofmann	633.—	700.—
Ludwig Loewe & Co.	1110.—	1180.—
Lothringer Hütte	1070.—	1395.—
Lothr. Portl. Cement	680.—	725.—
Lüdenscheid	760.—	715.—
Magirus A.-G.	410.—	408.—
Mannesmannröhren	1324.—	1475.—
Oberschl. Eisenb.-Bd.	974.—	995.—
do. Eisenindustrie	805.—	815.—
do. Kokswerke	1678.—	1875.—
Orenstein & Koppel	1181.—	1285.—
Phönix Bergbau	1575.—	2600.—
Rheinholz Papierfabr.	580.—	600.—
Rhein. Braunkohle	2000.—	2500.—
Rhein. Elektr.	—.—	397.—
Rhn. Metallw. Vorz.	421.—	510.—
Rhein. Stahlwerke	1550.—	3100.—
Riebeck Montan	2000.—	2250.—
Rombacher Hütten	680.—	780.—
Rositzer Braunkohlen	1170.—	1210.—
Rositzer Zucker	930.—	1000.—
Rütgerswerke	835.—	850.—
Sachsenwerk	525.—	600.—
Sächs. Gußst. Döhlen	1090.—	1110.—
Hugo Schneider	655.—	670.—
Schuckert & Co.	815.—	915.—
Siemens & Halske	1300.—	1425.—
Stoewer	1245.—	1245.—
Südd. Immobilien	—.—	225.—
Telephon Berliner	580.—	585.—
Thale Eisenhütte	—.—	6700.—
Tonwaren Wiesloch	550.—	590.—
Türkische Tabakregie	—.—	—.—
Unionw. Berlin-Mhm.	475.—	480.—
Ver. Chem. Eisenhütte	1340.—	1400.—
Ver. Dtsch. Nickelw.	1450.—	1550.—
Verein. Fränk. Schuhf.	466.—	491.—
Ver. Glanzstoffe	2975.—	2975.—
V. Stw. Zypen & Wiss.	3825.—	3825.—
Vogtländ. Maschinen	517.—	617.—
Wanderer-Werke	1505.—	1501.—
Westeregeln Alkali	1740.—	1775.—
Westf. Eisen u. Draht	610.—	650.—
Zellstoff Waldhof	747.—	745.—
Deutsch-Ostafrika	400.—	400.—
Neu-Guinea	665.—	640.—
Otavi Minen u. Eisenb.	1844.—	1830.—
do. Genußschein	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2300.—	2300.—
Pomona	22000.—	22000.—
Heidburg	1450.—	1450.—
Benz	526.—	525.—

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 8. Aug. Die heutige Börse verlief in fester Tendenz. Es wurden Bad. Anilin zu 895%, Benz-Aktien zu 530%, Heidelberger Cement zu 890%, Mannheimer Vers.-Aktien zu 2100% umgesetzt. Benz nachbörslich 535.

Berliner Metallbörse vom 8. August.

Preise in Mark für 1 Kg.

	7. Aug.	8. Aug.
Elektrolytkupfer	24747	24148
Raffinadekupfer	213—217	213—215
Blei	83—91	88—90
Rohzink (Vb.-Pr.)	11559	10773
do. (fr. Verk.)	105—107	105—107
Plattenzink	81—87	84—87
Aluminium	308.—	308

	7. Aug.	8. Aug.
Aluminium i. Barr.	308.50	[illegible]
Zinn, ausländ.	555—560	[illegible]
Hüttenzinn	544—547	[illegible]
Nickel	465—475	[illegible]
Antimon	75—80	[illegible]
Silber für 1 kg.	11000—11100	[illegible]
Platin p. Gr.	2500	—

London, 8. August (WB) Metallmarkt. (in Lst. für 1 engl. t. v. 1016 kg.)

	4.	8.
Kupfer Kasse	65.25	65.25
do. 3 Monat	65.25	65.2[illegible]
do. Elektrol.	71.—	71.72
bestselect.	67.—	67.50
Nickel	150.—	150.—
Zinn Kasse	161.—	161.75
do. 3 Monat	161.—	161.75
Blei	24.50	[illegible]
Zink rept.	31.—	[illegible]
Quecksilber	11.50	[illegible]
Antimon	34.—	[illegible]

Liverpool, 7. August (WB) Baumwolle. (in engl. Pfd. v. 454 g.)

	3.	8.
Umsatz	8000	5000
Import	—	3100
August	12.82	11.53
Sept.	12.43	11.63
Oktober	12.33	11.51
November	12.22	11.41
Dezember	12.17	11.36
Aegyptische	16.45	16.50
September	16.45	[illegible]
Alexandria	—.—	[illegible]
Januar	—.—	[illegible]
Oberägypt.	—.—	[illegible]
Oktober	—.—	[illegible]

Konzentration in der Jutespinnerei-Industrie.

Unter Abänderung der Firma in Vereinigte Jutespinnereien und -Webereien A.-G. in Hamburg wird die Norddeutsche Jute-Spinnerei und Weberei in Hamburg folgende Firmen im Wege der Fusion übernehmen: Jute-Spinnerei und Weberei Hamburg-Harburg in Harburg, Süddeutsche Juteindustrie Mannheim-Waldhof, Jute-Spinnerei und Weberei Berlin-Bautzen, Westdeutsche Jute-Spinnerei und Weberei in Beuel. Das Kapital der Norddeutschen Jutespinnerei und Weberei von zurzeit 10 Mill. ℳ wird auf 60 Mill. ℳ erhöht. Zum Umtausch der Aktien der erwähnten Gesellschaft werden etwa 26,5 Mill. ℳ benötigt. Es ist in Aussicht genommen, den Rest zum Erwerb von weiteren Anlagen sowie für die Uebernahme von Werten und Interessen zu verwenden, die in die Vereinigten Jutespinnereien und Webereien A.-G. übergehen zu lassen erstrebt wird. Nominell 25 Mill. ℳ Aktien sollen den Aktionären der Norddeutschen Jutespinnerei und Weberei im Verhältnis von 1:2 zu 200% angeboten werden. In den Aufsichtsrat der Norddeutschen Jutespinnerei und Weberei sollen neu eintreten: Dr. August Weber-Berlin, Kommerzienrat Theodor Frank-Berlin, Bankdirektor G. H. Kämmerer-Hamburg, Justizrat Dr. Katzenellenbogen-Frankfurt, Joseph Blumenstein-Berlin, Alfred Blumenstein-Berlin. Die Norddeutsche Jutespinnerei und Weberei wird ferner 5 Mill. ℳ 6%ige Vorzugsaktien mit zwölffachem Stimmrecht ausgeben, die zu 100% an eine Bankengruppe gehen.

Deutsche Steinzeug-Fabrik für Kanalisation und chemische Industrie in Friedrichsfeld in Baden. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte den mit der Deutschen Ton- und Steinzeugwerke A.-G., Charlottenburg, abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag und wählte Direktor Felix Bonte, Bankier Hans Arnold und Generaldirektor Jungeblut neu in den Aufsichtsrat. Motiviert wurde der Interessengemeinschaftsvertrag damit, daß es notwendig sei, den ungeheuer gestiegenen Unkosten entgegenzuarbeiten, da es sehr schwierig ist, durch Erhöhung der Preise einen Ausgleich zu erreichen.

Albert Nahm & Sohn A.-G. in Mannheim. Die Aktiengesellschaft wurde am 27. Juli ds. Js. mit dem Sitze in Mannheim neugegründet. Sie hat ein Grundkapital von 4 Millionen ℳ, eingeteilt in 4000 Stück auf den Namen lautende Aktien zu je 1000 ℳ zur Verfügung. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Schuhwaren aller Art sowie mit gleichartigen oder ähnlichen Gegenständen und mit den zur Herstellung dieser Waren notwendigen Rohmaterialien. Den ersten Aufsichtsrat bilden Dr. Gustav Reis-Mannheim, Kaufmann Michaelis Israelski-Berlin, Kaufmann Paul Fröhlich-Düsseldorf, Bankdirektor Louis Hockenheimer-Mannheim und Kaufmann Otto Baum ebenfalls in Mannheim, während dem ersten Vorstande die Herren Hugo Nahm, Arthur Nahm und Samuel Heumann, sämtliche Kaufleute in Mannheim, angehören.

Schnellpressenfabrik König & Bauer A.-G. in Würzburg. Der Ueberschuß für das Jahr 1921 beträgt 5148532 ℳ (i. V. 2366677 ℳ), woraus 20% (i. V. 16%) Dividende verteilt werden sollen.

Neue Augsburger Kattun-Fabrik A.-G. Im Jahre 1921/22 erzielte die Gesellschaft einen Bruttogewinn von 51800511 ℳ (i. V. 21112950 ℳ). Nach Abzug der Unkosten verbleibt ein Reingewinn von 2111186 ℳ (i. V. 1983274 ℳ), aus dem 35% (18%) Dividende verteilt werden sollen.

Interessengemeinschaft in der württembergischen Brauindustrie. Der Interessengemeinschaftsvertrag zwischen der Brauerei Robert Leicht in Vaihingen und der ersten württembergischen Genossenschaftsbrauerei Holzheim-Tübingen-Lustnau eingetr. Ges. m. b. H. in Cannstatt ist in der Hauptversammlung der letzteren Gesellschaft genehmigt worden.

Für die Reise!

Die Nachsendung
des „Mannheimer General-Anzeigers"

während der Reisezeit kann nach jedem gewünschten Aufenthaltsort unter Kreuzband erfolgen.

Bestellungen sind nur schriftlich an die Geschäftsstelle E 6, 2 zu machen. Der Versand kann täglich erfolgen und täglich eingestellt werden.

Zur Vermeidung der Porto- und Einzugskosten bitten wir die Gebühren für den Versand im voraus zu entrichten. — Diese betragen:

wöchentlich
Für 1 bereits abonniertes Exemplar .... Mk. 12.—
Für 1 besonderes Exemplar .... Mk. 18.—
Für Nichtabonnenten .... Mk. 36.—

Mannheimer General-Anzeiger.

Einverständnis mit der Genossenschaftsbrauerei hat die Brauerei Leicht mit der Brauerei Dinkelacker, der württembergisch-hohenzollernschen Brauerei-Gesellschaft A.-G. in Stuttgart und der Brauereigesellschaft Rettenmaier, Tivoli, A.-G. in Stuttgart einen weiteren Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen.

R. Wolf A.-G. in Magdeburg-Buckau. Die Beschäftigung war 1921 reichlich und lohnend, wenn auch die Verschiedenartigkeit der Erzeugnisse für Industrie und Landwirtschaft einen unterschiedlichen Beschäftigungsgrad in den einzelnen Abteilungen bedingten. Der Auftragsbestand in Lokomobilen, dem Haupterzeugnis, sei zufriedenstellend gewesen, zumal eine große Anzahl von Lieferungen nach dem Ausland einschließlich des bisher feindlichen und nach Uebersee ausgeführt wurde. Das frühere Hauptabsatzgebiet, Rußland, sei allerdings, mit Ausnahme der Randstaaten, für einen regelmäßigen Verkehr noch verschlossen. Der Absatz an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten sei in der zweiten Hälfte 1921 sehr lebhaft gewesen. Auch das Erfurter Werk, Abteilung Lokomotivfabrik, und das Werk Aschersleben seien reichlich beschäftigt gewesen. Die R. Becker & Co., G. m. b. H., Eisen- und Stahlgießerei in Dessau, deren sämtliche Anteile sich im Besitz der R. Wolf A.-G. befinden, habe gut gearbeitet. Nach 1 836 844 ℳ (1 727 508) Abschreibungen stelgt der Reingewinn auf 15,8 (11,7) Mill. ℳ, woraus bekanntlich 20% (15%) Dividende verteilt werden. Aus der Bilanz ist zu erwähnen die starke Vermehrung der Schuldner und Bankguthaben auf 90,3 (36,9) Mill. ℳ und der Anzahlungen auf 143,2 (41,4) Mill. ℳ, wogegen Gläubiger sich auf 69,8 (30,1) Mill. ℳ verminderten. Beteiligungen blieben unverändert mit 19,6 Mill. ℳ, Vorräte betragen 188,5 (156) Millionen ℳ.

Rheanania, Verein Chemischer Fabriken A.-G. in Aachen. Die Gesellschaft beruft eine a.-o. G.-V. nach Aachen ein. Erhöhung des Aktienkapitals um 40 Mill. ℳ.

Türkenlose. Auf die zahlreichen Anfragen hat sich die Berliner Börsenzeitung an zuständiger Stelle über die Auszahlung der Treffer der Türkenlose erkundigt. Daraufhin ist ihr folgender Bescheid zugegangen:

„Auf Ihr gefl. Schreiben vom 4. ds. Mts. erwidere ich Ihnen unter Rücksendung der Anlagen, daß trotz dringlicher Vorstellung von dem Verwaltungsrat der ottomanischen Bank in Konstantinopel keine Aufklärung über die beschlossenen Zahlungen an die Besitzer von Türkenlosen und Schuldverschreibungen der Anleihe zu erhalten war. Eine authentische Antwort kann darauf nicht gegeben werden. Festzustehen scheint allerdings, daß irgendwelche Zahlungen an Deutsche nicht geleistet werden.

Leinsaatnotierungen. Buenos Aires für Monat September 20,— (20,20) arg. Pes., für Oktober 19,75 (20,20) arg. Pes., Rosario für Monat September 19,85 (20,—) argent. Pesetas.

Leinölnotierungen. Preis ab Holland, garantiert reines, rohes Oel per 100 kg inkl. Holzfaß, Originaltara, Abgangsgewicht, fob oder bahnfrei prompt 51,25 (53,25) fl., Ende August 49,50 (50,—) fl., September 47,15 (48,—) fl., Oktober-Dezember 46,50 (47,50) fl.

Deutsche Mode-Ausstellung Berlin 1923. Der Verband der Deutschen Modeindustrie beabsichtigt, wie die „Textil-Woche" erfährt, im nächsten Jahre eine große deutsche Modeausstellung in Berlin zu veranstalten, auf der die Modeindustrie und der Großhandel ihre Waren zu zeigen Gelegenheit haben werden. Als Termin ist die Zeit vom 15. August bis 15. September 1923 etwa, und als Ausstellungshalle die Automobilhalle am Kaiserdamm vorgesehen, wo etwa 8000 qm als Ausstellungsfläche in Betracht kommen.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 8. August (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	7.	8.						
Kaffee loko	9.75	10.10	Zuf. aus.	3000	6000	stand wt.	11.50	11.50
Septemb.	9.07	9.46	Elektrolyt	14.81	14.14	Cred. Bal.	3.—	3.—
Dezemb.	9.28	9.42	Zinn loko	32.15	32.62	Zuck. Centrf	5.42	5.26
März	9.37	9.47	Blei	6.00	5.77	Terpentin	113.—	115.—
Mai	9.39	9.42	Zink	6.00	6.30	Savannah	—.—	109.—
Juli	9.39	9.42	Eisen	28.—	29.—	N. Orl Saem.	21.—	20.50
Baumw. loko	20.38	21.31	Weißblech	4.75	4.75	Weizen rot	125.50	123.—
August	20.63	19.80	Schmalz wt.	11.72	11.83	Hart loko	126.50	126.—
September	20.70	13.91	Talg	6.85	6.85	Mais loko	77.50	76.75
Oktober	20.82	20.68	Baumwsatöl	10.25	10.07	Mehl niedr. P.	5.75	5.75
November	20.82	20.10	Sept.	10.22	9.60	höchst Pr.	6.50	6.50
Dezember	20.83	20.18	Petrol. cases	15.—	4.80	Getreir Engl.	2.60	2.09
			tanks	5.50	4.50	Kontinent	13.—	11.—

Chicago, 8. August (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten).

	7.	8.					
Weizen Sept.	106.15	106.15	Roggen Dez.	73.85	72.75	Schweine	
„ Dez.	106.75	106.65	Schmalz	10.72	10.67	leicht niedr.	10.70 8.25
Mais Sept.	60.85	60.—	„ Okt.	10.82	10.72	höchst.	10.40 9.85
„ Dez.	56.85	56.25	Pork Sept.	—.—	—.—	schw. niedr.	8.75 8.—
Hafer Sept.	32.25	32.25	Rippen Sept.	10.07	9.87	höchst.	9.50 9.—
„ Dez.	35.15	35.15	Speck niedr.	10.—	9.75	Zuf. Chicago	4000 22000
Roggen Sept.	73.15	74.75	höchst.	11.—	10.80	Westen	115000 101000

Schiffahrt.

Schiffsnachrichten. Der Dampfer „Mongolia" der American Line, Hamburg ist am 26. Juli von New York abgefahren und am 7. August in Hamburg angekommen. — Der Dampfer „Nieuw Amsterdam" der Holland Amerika Linie, Rotterdam ist am 27. Juli von Rotterdam abgefahren und am 6. August in New York angekommen.

Dampferbewegungen des Norddeutschen Lloyd Bremen.

Bremen—Ostasien. D. „Schlesien" heimkehrend, am 4. 8. 22, 7 Uhr morgens ab Port Said. D „Pfalz" heimkehrend, am 2. 8. 22, 6 Uhr morgens ab Singapore.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat August

Pegelstation vom Rhein	Datum 4.	5.	6.	7.	8.	9.	Bemerkungen
Schusterinsel	2.88	2.95	2.81	2.80	2.95		Abends 6 Uhr
Kehl	3.50	3.91	3.70	3.60	3.58		Nachm. 2 Uhr
Maxau	5.51	5.78	5.73	5.57	5.51	5.53	Nachm. 2 Uhr
Mannheim	4.62	4.60	4.66	4.64	4.62	4.64	Morgens 7 Uhr
Mainz							F.-B. 12 Uhr
Kaub		2.82		2.14	2.87		Vorm. 2 Uhr
Köln		2.71		2.70	2.76		Nachm. 2 Uhr
vom Neckar:							
Mannheim	4.48	4.32	4.25	4.17	4.48	4.52	Vorm 7 Uhr
Heilbronn	0.64	0.51			0.64	0.53	Vorm 7 Uhr

Wasserwärme des Rheins am 9. Aug. morgens 6 Uhr: 18° R.

Mannheimer Wetterbericht

vom 9 August morgens 7 Uhr.

Barometer: 754,5 mm. Thermometer: 14,4° C. Niedrigste Temperatur Nachts: 13,5° C. Höchste Temperatur gestern: 22,5° C. Niederschlag: 16.0 Liter auf den qm. SO. 3. Bedeckt.

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, F. 6, 2.
Direktion: Ferdinand Heume. — Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Hammes; für Handel: Nis Petersen; für Feuilleton: i. V.: Dr. Fritz Hammes; für Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Richard Schönfelder; für Anzeigen: Karl Hügel.

MONDAMIN

Sämige Suppen, Tunken, Gemüse! Vorzügliche Kuchen, Milch-, Mehl-, Obstspeisen!

E173

Peba Walla
Dr. Walter Brunn
Zahnarzt *7742
Verlobte.
Mannheim Collinistr. 12a — Kaiserslautern Packelstr. 25

Am 7. August verschied nach längerem Leiden mein langjähriger Prokurist, Herr

Otto Conz

Der Verstorbene hat über 25 Jahre seine ganze Kraft meiner Firma in vorbildlicher Treue und Pflichterfüllung gewidmet. Ich werde ihm ein ehrendes dankbares Gedenken bewahren. *7813

Mannheim, den 9. August 1922.

Carl Morjé.

Am 7. August ist nach schwerem Leiden unser verehrter Herr

Otto Conz

verschieden. Wir verlieren in ihm einen gerechten, treuen Vorgesetzten, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. *7812

MANNHEIM, den 9. August 1922.

Die Angestellten der Firma
Carl Morjé.

Achtung! Achtung!
Wer noch einen guten
Anzugstoff
oder einen guten
Damenstoff
preiswert einkaufen will, der versäume nicht, bei uns ohne Kaufzwang vorbeizukommen. *7738
Außerdem einen Posten
Damenwäsche, Bettwäsche, Strümpfe
billigst.
W. Goldberg, Q 3, 20, I.
Telephon 4655.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Vollzug des Reichsmietengesetzes.

Der Vermieter wie der Mieter eines Gebäudes oder Gebäudeteils kann jederzeit dem anderen Vertragsteil gegenüber erklären, daß die Höhe des Mietzinses nach den Vorschriften des Reichsmietengesetzes berechnet werden soll (gesetzliche Miete). Die Erklärung bedarf der schriftlichen Form. Sie hat die Wirkung, daß die gesetzliche Miete von dem ersten Zeitpunkt ab, für den die Kündigung nach § 565 des B. G. B. zulässig sein würde, an die Stelle des vereinbarten Mietzinses tritt. **Kommt ein Einverständnis über die Höhe der gesetzlichen Miete nicht zustande,** so entscheidet auf Antrag eines Vertragsteils das Mieteinigungsamt. Das Mieteinigungsamt kann Mietzinsvereinbarungen ausnahmsweise auch von Amts wegen nachprüfen und, wenn der vereinbarte Mietzins im Vergleich zu der gesetzlichen Miete für einen Vertragsteil eine besonders schwere Unbilligkeit darstellt, anstelle des vereinbarten Mietzinses die gesetzliche Miete festsetzen. Auf Verlangen der Gemeindebehörde hat das Mieteinigungsamt diese Nachprüfung vorzunehmen.

Die gesetzliche Miete setzt sich zusammen aus:

a) der Grundmiete,
b) Zuschlägen für
1. die Steigerung der Hypothekenzinsen und der Kosten für die Erneuerung der Belastung,
2. die Betriebskosten,
3. die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten.

Hierzu kommen ein weiterer Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten und für gewerbliche Räume die Zuschläge nach § 10 des Reichsmietengesetzes.

Zu a). Auf Grund des § 4 der Badischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz hat der Stadtrat angeordnet, daß die Grundmiete für Gebäude, die vor dem 1. Juli 1914 bezugsfertig geworden sind, unmittelbar aus dem Grundsteuerwert der Gebäude vom 1. Juli 1914 zu berechnen ist. Als Grundmiete gilt 5 v. H. des Steuerwerts. Bei mehreren Wohnungen in einem Gebäude ist dieser Betrag auf die einzelnen Wohnungen im Verhältnis ihres Nutzungswertes zu verteilen. Nötigenfalls sind die Friedensmieten oder die jetzigen Mieten vergleichsweise heranzuziehen oder ist die Verteilung der Gesamtgrundmiete auf die einzelnen Wohnungen durch einen Sachverständigen vornehmen zu lassen. Zwecks Erhebung der Wohnungsabgabe wird der Anteil der einzelnen Wohnungen an der Grundmiete für die der Wohnungsabgabe unterliegenden Gebäude von den städtischen Werken berechnet werden; die Erhebungsliste wird nach Fertigstellung offengelegt werden.

In besonderen Fällen, namentlich in solchen, in denen der Grundsteuerwert in einem offenbaren Mißverhältnis zu dem Wert steht, den das Gebäude tatsächlich am 1. Juli 1914 gehabt hat, ist das Mieteinigungsamt berechtigt, auf Antrag eines Vertragsteils einen anderen Gebäudewert zugrunde zu legen oder die Grundmiete nach Maßgabe der Bestimmungen des § 2 des Reichsmietengesetzes festzusetzen.

Für Gebäude, die zwischen dem 1. Juli 1914 und dem 30. Juni 1918 fertiggestellt oder in erheblicher Weise baulich verändert worden sind, ist die Grundmiete ebenfalls nach § 2 des Gesetzes festzusetzen.

Die in den Fällen der beiden letzten Absätze nach § 2 des Gesetzes festzusetzende Grundmiete ist der Mietzins, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war (Friedensmiete), **nach Abzug** der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandsetzungskosten sowie für die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung oder Warmwasserversorgung und für andere Nebenleistungen enthaltenen Beträge. Der gemäß § 7 der Badischen Ausführungsverordnung vom Stadtrat bestellte Mietenausschuß hat den für Betriebs- und Instandsetzungskosten von der Friedensmiete abzurechnenden Betrag auf 16 v. H. der Friedensmiete und den für die Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung abzurechnenden Betrag auf 10 v. H. der Friedensmiete festgesetzt. Die abzurechnenden Nebenleistungen sind in ihrem tatsächlichen Betrag abzuziehen.

Zu b) Ziffer 1. Der Zuschlag zur Grundmiete für die Steigerung der Hypothekenzinsen und der Kosten für die Erneuerung der Belastung ist allgemein auf 10 v. H. der Grundmiete oder 0,5 v. H. des Friedenssteuerwerts festgesetzt.

Zu b) Ziffer 2. Der Zuschlag zur Grundmiete für diejenigen Betriebskosten, die für alle Häuser in gleicher Weise entstehen, ist vorerst auf 152 v. H. der Grundmiete oder 7,6 v. H. des Friedenssteuerwerts festgesetzt. Hierin sind enthalten:

a) Staatssteuer	1,64	v. H. d. Steuerwerts
b) Gemeindeuml.	1,8	„ „ „ „
c) Kreisumlage	0,2	„ „ „ „
d) Kirchensteuer	0,16	„ „ „ „
e) Gebäudeversicherung	3,2	„ „ „ „
f) Verwaltungskosten	0,6	„ „ „ „
zus.	7,6	v. H. d. Steuerwerts

Solche Betriebskosten, die nur für das einzelne Haus oder den einzelnen Mieter entstehen, sind in ihrem nachgewiesenen tatsächlichen Betrag auf die einzelnen Mieter, soweit sie beteiligt sind, nach dem Verhältnis der Grundmieten umzulegen. Zu diesen sonstigen Betriebskosten gehören beispielsweise Haftpflicht-, Wasserschaden-, Ungeziefervertilgungsversicherung, Schornsteinfegergebühren, Hof- und Gehwegreinigung, Treppenhausbeleuchtung, Grubenentleerung usw. Falls der Gebäudeversicherungsbeitrag im Einzelfall mehr oder weniger ausmacht wie 3,2 v. H. des Steuerwerts, ist der Unterschied bei Umlegung dieser sonstigen Betriebskosten zu berücksichtigen.

Die Umlegung der Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung bleibt der Vereinbarung der Beteiligten überlassen. Das Gleiche gilt für die Festsetzung des Anteils, der die Mieter an den anderen Nebenleistungen (z. B. Bereitstellung von Waschen, Fahrstuhl, Glasversicherung usw.) trifft, sowie für die Umlegung des festgestellten Betrags. Kommt eine Verständigung nicht zustande, so entscheidet das Mieteinigungsamt.

Zu b) Ziffer 3. Der Zuschlag zur Grundmiete für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten ist vorerst auf 120 v. H. der Grundmiete oder 6 v. H. des Friedenssteuerwerts, wovon regelmäßig zwei Drittel innerhalb der Wohnungen verwendet werden sollen, der Zuschlag zur Grundmiete zwecks Schaffung von Mitteln für große Instandsetzungsarbeiten auf 100 v. H. der Grundmiete oder 5 v. H. des Friedenssteuerwerts festgesetzt.

Für gewerbliche Räume kann das Mieteinigungsamt auf Antrag des Vermieters einen besonderen Zuschlag zu der gesetzlichen Miete festsetzen, wenn und soweit infolge der Eigenart des Betriebs besonders hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten entstehen und die festgesetzten Zuschläge zur Deckung dieser Kosten nicht ausreichen. Außerdem kann ein weiterer Zuschlag in Frage kommen, dessen Festsetzung im Einzelfall dem Mieteinigungsamt überlassen wird.

Hiernach ergeben sich, abgesehen von den „sonstigen Betriebskosten" und „anderen Nebenleistungen" sowie den Zuschlägen für gewerbliche Räume insgesamt

Grundmiete	5	v. H. des Steuerwerts
Zuschlag für Hypothekenbelastung	0,5	„ „ „ „
Zuschlag für Betriebskosten	7,6	„ „ „ „
Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten	6	„ „ „ „
Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten	5	„ „ „ „
zus.	24,1	v. H. d. Steuerwerts

Die erwähnten Hundertsätze werden in angemessenen Zeiträumen nachgeprüft und abgeändert werden, wenn sie den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen oder wenn die Steuern und Umlagen erhöht werden.

Die gesetzliche Untermiete ist nach folgenden Grundsätzen zu berechnen:

1. Zunächst ist zu ermitteln, welcher Teil des Hauptmietzinses auf den leeren untervermieteten Raum (Größe, Lage, bauliche Ausstattung usw.) fällt, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich der Mietwert der übrigen nicht untervermieteten Räume möglicherweise verringert;
2. sodann sind jährlich bis zu 10 v. H. des Werts der Möbel, Teppiche und sonstigen Einrichtungsgegenstände für die Abnutzung zu berechnen. Zu Grunde zu legen ist der jeweilige Wert, den die Möbel usw. haben.
3. Hierzu kommen angemessene Zuschläge für Beleuchtung, Heizung, Bedienung, Hergabe der Wäsche usw.

Der Oberbürgermeister.

Milchversorgung:

Die Milcheingänge sind wieder besser geworden, sodaß die Kinder im 9. und 10. Lebensjahr ab Mittwoch, den 9. August 1922 mit ¾ Liter Vollmilch beliefert werden können.

Die Milchverkaufsstellen sind angewiesen, auf die gelben und roten Milchkarten ¾ Liter Vollmilch zu verabfolgen. 62

Unsere verehrl. Abonnenten wollen davon Kenntnis nehmen, daß 7660

der Wächterstreik beendet ist

und die Bewachung wieder aufgenommen wurde

Wach- und Schließgesellschaft.

Versteigerung.

Am Donnerstag, den 10. Juli, nachmittags 2½ Uhr, versteigere auf Rechnung dessen, den es angeht, im Lagerhaus der Firma Rhenus, Transportgesellschaft 3223

Rheinkaistr. 5

510 Kilo weich. Ausschußbindedraht

gegen Barzahlung.

M. Arnold,
Auktionator und Taxator
Q 3, 4. Teleph. 6219.
Uebernehme jeden Posten Möbel od. Ware zum Versteigern oder gegen bar.

FOCHTEN-BERGER'S
Cölnisches Wasser
erfrischt u. nervenstärk. Zu hab. in all. einschlägig. Geschäften. — Hersteller: Joh. Chr. Fochtenberger Heilbronn a. N. E60

Vermietungen

Am Bahnhof schöne
2-Zimmerwohnung
zu vermieten. Möbel sollen mögl. übern. werd. Philipp Wetzler, U 3, 19 *7718

Vermischtes.

Schreibmaschine (Urania) geg. Sicherh. zu verleihen. Schärfle, O 7, 1 570

Ca. 3 Wochen altes
Kind
wird in nur gute Pflege gegeben. Ang. u. C. T. 92 an die Geschäftsst. B6411

Gelb. Schäferhund
entlaufen. *7788
Vor Ankauf wird gewarnt. Gegen Belohnung abzugeben. J 7, 21, part.

MARCHIVUM

Wiener Operettenspiele Rosengarten
Mittwoch, 9. Aug 7½ Uhr: „Die Postmeisterin" Ende 10 Uhr.

Künstlertheater „Apollo"
Heute, morgen und übermorgen, abendlich 7½ Uhr
Die Passionsspieler v. Oberammergau

Friedrichs-Park.
Heute Mittwoch: Nachmittags- und Abendkonzert
Samstag, 12. August, abends 8 Uhr
Bengalische Beleuchtung
während derselben Hornquartett am Weiher
Illumination einer Gondel S306
Konturenbeleuchtung des Weiherufers.

vollständige
BÜRO-EINRICHTUNGEN

sofort ab Lager lieferbar
S. GUTMANN
Mannheim D5,4 gegenüber der Börse

= Schönheitspflege =
Schmerz- und narbenlose Entfernung von Haaren, Warzen u. Leberflecken, sowie Beseitigung all. Schönheitsfehler. — Gesichtsdampfbäder, Bestrahlungen beseitigen alle Hautunreinigkeiten. — Spezialbehandlung bei starkem Fettansatz, „Doppelkinn usw." Hand- und Fußpflege. S19
Geschw. Steinwand
Tel. 4013 MANNHEIM, P 5, 13 Tel. 4013

6/16 PS. Opel-Lieferungswagen
mit Kastenaufbau, ca. 10 Ztr. Tragkraft, Gummibereifung, geeignet für Delikatessengeschäft, Bäckerei, Metzgerei ec. billig abzugeben. 7602
Hartmann & Beck, Mannheim
T 6, 31/32. Tel. 7493 u. 8106.

Fabelhaft
die Begeisterung, die der erste Teil von
Dr. Mabuse
der Spieler
auslöst!
Die verblüffendsten Abenteuer, die gewaltigsten Sensationen enthält der I. Teil dieses Wunderwerkes und
Spannung, Spannung
im höchsten Grade beherrscht das Publikum bei seiner Vorführung.
Atemlos
folgt das Publikum der Handlung auf der weißen Wand.
Wie
muss erst der II. Teil sein? So fragt sich alles.
Diejenigen,
welche den I. Teil sahen, können d. Vorführung des II. Teils, die am Freitag erfolgt, kaum erwarten.

Wir richten nochmals an das verehrl. Mannheimer Kinopublikum die Bitte, wegen des großen Andranges zu den Abendvorstellungen die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen. S272

Beginn 4, 6¹⁰ u. 8³⁰ Uhr.

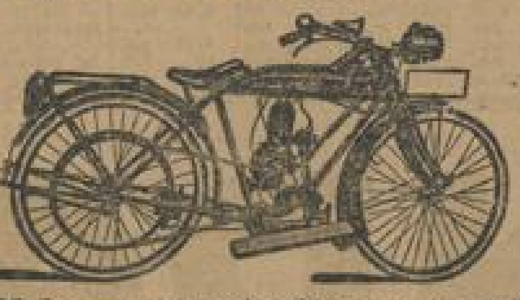
Schauburg.

Kapitalist
zum Fahrradbau gesucht, nebenbei ein Schmuckschloß zu fabriz., Massenartikel. Ang. u. C. F. 79 an die Geschäftsst. *7706

American-Line.
Regelmäßige Passagier- u. Frachtdampfer
Hamburg - New York.
Passagierdampfer:

Doppelschraubendampfer	„Mongolia"	12. Aug.
Dreischraubendampfer	„Minnekahda"	19. Aug.
Doppelschraubendampfer	„Manchuria"	26. Aug.
Doppelschraubendampfer	„St. Paul"	2. Sept.
Doppelschraubendampfer	„Mongolia"	16. Sept.
Dreischraubendampfer	„Minnekahda"	23. Sept.
Doppelschraubendampfer	„Manchuria"	30. Sept.

Frachtdampfer
Hamburg-Baltimore-Boston-Philadelphia usw.
Auskunft erteilen E178
AMERICAN-LINE
Hamburg, Börsenbrücke 2.
Gundlach & Bärenklau Nachf.
Mannheim, Bahnhofplatz 7.

„Eichler"

2½ PS. Sportmaschine mit 3 Gängen, zuverlässige leistungsfähige Maschine. S74
August Kremer, M 7 No. 9a–10

Wunderbare Erfolge. — Hunderte Dankschreiben. Gegen
Chron. Leiden
wie Nervenschwäche, verbunden mit Weinkrämpfen, Platzangst ec., Hysterie, Neuralgien, Ischias, Lähmungen, Kinderlähmungen, Herzerkrankungen: Herzerweiterung, Fettherz, Herzneurose, Stoffwechselleiden: Gicht, Rheumatismus, Zuckerharnruhr, Leber-, Galle-, Milz-, Nieren- u. Blasenerkrankungen. Haut- u. Haarleiden: Haarausfall, kreisförmige Kahlheit, starke Schuppenbildung, trockene u. nasse Flechten, Bartflechte, tuberkulose Geschwüre, Beingeschwüre, Geschlechtskrankheiten, Frauenkrankheiten, Kropf- u. Drüsenleiden behandelt mit best. Erfolg die
nur C 2, 1 **Lichtheil-Anstalt Königs** nur C 2, 1
Telephon 4325. Mannheim. Haltest. Paradeplatz.
Damenbedienung durch Masseuse. Geöffnet von 9—12 u. nachm. von 2—8 Uhr, Sonntags v. 9—1 Uhr. Ausk. u. Prosp. grat. u. franko.

Das Rheinschiff
Zeitschrift für die Schiffahrts-Interessen und für süddeutsche Wasserwirtschaft
Erfolgreiches Anzeigenblatt
für alle mit Schiffahrt, Handel u. Industrie in Verbindung stehenden Unternehmungen
Erscheint jeweils am 1. u. 15. jeden Monats
Man verlange Probenummern u. Kostenvoranschläge
Verlag der Druckerei Dr. Haas G. m. b. H.
Mannheim · E 6. 2
Postscheck-Konto Karlsruhe i. B. Nr. 17590
und Ludwigshafen a. Rh. Nr. 2917
Fernsprecher Nummer 7940—45 5879

Der Mannheimer General-Anzeiger 5313
kann jetzt auch
wöchentlich
bezogen werden. Bestellungen beliebe man:
Der Hauptgeschäftsstelle E 6, 2
Der Geschäftsnebenstelle Waldhofstraße 6 oder
Unseren Trägerinnen
rechtzeitig zugehen zu lassen.

Offene Stellen

Für grosses Schuhhaus
Filial-Leiter(innen)
Verkäuferinnen und Lehrmädchen
gesucht. Bewerbungen mit ausführlichem selbstgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschr. und Referenzen sind zu richten u. S. C. 102 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 7600

Volontär oder jüng. Kaufmann
mit Kenntnissen in Buchhaltung, Stenographie u. Schreibmaschine von Gummigeschäft (kein Laden)
per sofort gesucht.
Angebote unter S. O. 113 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. 7628

Grossmühle
sucht 7630
tüchtigen Beamten
nicht unter 25 Jahre
für Lager und Expedition.
Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter S. P. 114 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Bürodiener
von **Großhandelshaus gesucht,** der auch die **elektrisch. Licht-Anlagen** in Stand halten kann.
Angebote unter S. N. 112 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 7626

Großhandelsfirma
in Mannheim **sucht** einen tüchtigen, zuverlässigen, bilanzsicheren 6869
Buchhalter
Angebote unter Angabe des genauen Lebenslaufs, Lichtbild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten unter L. M. 962 an Rudolf Mosse, Mannheim.

Industrielles Unternehmen
sucht einen rührigen jüngeren
Herrn
mit abgeschlossener kaufmännischer Lehre, höherer Schul- und evtl. Handelshochschulbildung; vor allem mit buchtechnischen Kenntnissen. Geboten wird ausbaufähiger Posten mit vielseitiger Beschäftigung und guter Bezahlung. 7618
Schriftliche ausführliche Angebote unter Beifügung von Lichtbild und Zeugnisabschriften und Angabe von Referenzen unter Kennwort: „Sekretariat" S. K. 109 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Schreibmaschinen-Mechaniker
für sämtl. Systeme gegen gute Bezahlung und dauernde Stellung gesucht. **Karl Hafner,** Karlsruhe, Amalienstr. (7606) Telephon: 2127

Wir suchen 7526
für baldigen Eintritt
in bevorzugter Stellung durchaus
fachkundigen Herrn
für Mineral- und Teerölhandel sowie verwandte Produkte. Angebote unt. R. M. 186 an die Geschäftsst. d. Bl.

Feuer-Versicherung!
Größere General-Agentur **sucht** per sofort oder später einige
tücht. Beamte
die insbesonders im Entwerfen von Industrie-Dokumenten bewand. sind. Bezahlung nach Tarif evtl. Uebertarif-Gehalt. 7548
Gefl. Anerbieten unter R. P. 189 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Jüngerer Mann
mit guter Auffassungsgabe, gewandt in Stenographie und Schreibmaschine, guter Handschrift, zum alsbaldigen Eintritt gesucht. Evtl. wird **Lehrling** mit höherer Schulbildung angenommen. Angebote mit Zeugnisabschriften an 6895
Berufsgenossenschaft der chem. Industrie
Sektion VI, Friedrichsplatz 3

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
1 Werkzeugschleifer Ia.
1 Rundschleifer
Angebote mit Zeugnisabschriften u. Lebenslauf an das Einstellbüro der Firma 7632
Bentherwerk G. m. b. H., Mannheim-Waldhof.

Tüchtige Verkäufer
gesucht zum Verkauf eines patentierten Apparates zum Schutze gegen **Feuer und Leben.** Hoher Verdienst zugesichert. *7734
Selbstgeschriebene Angebote mit Referenzen unter D. D. 3 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ausläufer
stadtkundig, zum sof. Eintritt gesucht.
Warenhaus KANDER
Mannheim. 7636

Tüchtige Stenotypistin 7694
für technische Korrespondenz per sofort gesucht.
Siegerin-Goldman-Werke G. m. b. H. Fabrikstation.

Restaurateur eines holländischen Personendampfers sucht zum sofortigen Eintritt ein ordentliches fleißiges
Dienstmädchen.
Bewerberinnen wollen sich bei der Agentur **Roland Küpper & Co. Mannheim** melden. 3205

Alleinmädchen
das etwas kochen kann, in kleinen Haushalt sof. oder 15. August gesucht. **Geiger, K 1, 5.** 3209

Mädchen für alle Hausarbeit in kl. Haushalt (3 Pers.) sofort od. 15. Aug. ges. *7735 Pr. Wilhelmstr. 27, 1 Tr. l.

Jung. Fräulein, welches perfekt stenographiert und **Adler-Schreibmaschine** schreibt, (keine Anfäng.) für einmal wöchentl. nach 5 Uhr abends gesucht. Angeb. m. Stundenpr. a. Postfach 258 Mannheim. *7766

Für *7670
leichte Hausarbeit
Mädchen oder Frau
von 4—7 Uhr nachmitt. geg. gute Bezahlung ges. Bue, Max Josefstr. 22, V.

Telephon-Stenograph
mit 200—250 Silben und Maschinenschreibfertigkeit per sofort gesucht. 3198
Angeb. unt. S. A. 200 an die Geschäftsstelle.

Saub. Monatsfrau
sofort gesucht. *7732
Mannheimer Schirmfabrik, Kaufhaus 71/72, Mannheim.

Stellen-Gesuche

Mann
50 Jahre, rüstig, ehrlich, zuverlässig, sucht Stelle **als Bote, Bürodiener, Portier oder ähnliches.** Ang. u. D. W. 20 an die Geschäftsstelle. *7790

Strebsam., arbeitsfreud. Kaufmann anfangs 30er sucht sich per 1. Oktober zu verändern. Erwünscht entwicklungsfäh. Stellung als *7768
II. Buchhalter
oder ähnliche Position bei reispektabler Firma.
Angebote unt. D. K. 8 a. d. Geschäftsst. d. Blattes.

Zur selbständ. Führung eines Haushaltes sucht
tüchtiges Fräulein
Stellung. Angebote u. D. B. 100 an die Geschäftsstelle. *7750

Techn. gebild. Kaufmann
32 Jahre alt, bilanz- und abschlußsicherer Buchhalter, tüchtiger Organisator und Disponent, z. Zt. Bürovorsteher einer mittleren Eisenkonstruktionswerkstätte *7702
sucht passend. Wirkungskreis.
Gefl. Angebote unter C. B. 75 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verkäufe

Wohn- u. Geschäftshäuser
sofort zu verkaufen. B6407
Näheres G. Wolff, Meerfeldstraße 66.

Herren-Fahrrad, Marke Clara-Beil, sehr guterh., mit Freilauf, sof. billig zu verk. Schriftl. Angebote an Welsch, Schwetzingerstraße 20. *7721

Alt. Biedermeier-Zimmer
enth. Kommode, geschweift u. 1 antiker Schrank, sowie alte Gemälde zu verk. Angebote unt. C. E. 78 an die Geschäftsstelle. B6406

1 elektr. galv. Wohlmuth-Heilapparat, fast neu, 1 Straßenanzug grau für alt. Herrn, 1 Cutaway, dunkler, m. Weste, 1 Zylinderhut Nr. 56 z. vk. *7756 Conrad, Feudenheim, Körnerstr. 47

1 Weinschrank, 300 Fl. haltend u. 1 Einmachschrank billig zu verkaufen. *7684 Gartenstadt, Blütenau 10.

Jagdflinte
u. Jagdglas zu verkaufen.
Angebote unt. C. Q. 89 an die Geschäftsst. d. Bl. *7733

Damen- und Mädchen-Rad
Fahrrad-Gummi
billig zu verkauf. *7778
Lösch, J 4a, 3.

Bade-Einrichtung
für Holz und Kohlen zu verk. Ludwig Schmieder, Q 5, 17, Tel. 3494. *7775

2 Nachtwächter-Kontrolluhren
mit 6 Stationen, gebraucht aber gut erhalten, zu verkaufen bei 3201
Stockelhaus & Barhloh, G. m. b. H.
Neckarvorlandstraße 72.

Motorrad
mit Seitenwagen, 7 PS, 2 Zylind., Kettenantrieb mit Verdeck und Windscheibe billig zu verkauf. Brunner, Neckarau, Luisenstr. 47, 2. St. *7695

Schöne junge (*7607
Zwergpinscher
zu verkauf. E 6, 3, 2. St.

Kolonialw.- u. Viktualien-
Laden
m. Einricht. u. Wohnung zu verkaufen geg. Umt. v. 3 Zimm.-Wohn. i. Jungb. oder Unterstadt gelegen. Ab 5 Uhr nachm. vorzusprechen. Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Bl. *7736

Boots-Ankerwinden- oder station. Benzin-
Motor
Daimler, 2 Zyl., ca. 14 PS, vollständig neu überholt, Bosch-Hochspannmagnet, Ballonvergaser, Zahnradwasserpumpe, Maschine kann am Platze laufend besichtigt werden. Preis 25000 Mk. *7749
Friedrich Adler
M'heim, Neckarübelfahrt Neckarvorlandstraße 15.

Kauf-Gesuche

4—5 Zimmerhaus
Oststadt od. Ring, od. kl. Villa, auch andere freie Lage, zu kaufen ges. Ang. u. D. V. 19 a. d. Geschst. *7792

Kleineres neueres **Haus**
zu kauf. gesucht.
Eig.-Ang. u. S. R. 116 an die Geschäftsst. 1223

Tel. 4588.
Kaufe 667
Kleider, Schuhe, Möbel z. h. Schätzpr. **T 1, 10** : Laden.

Motorrad
moderne Bauart, Mark. n. c., fahrbereit, sof., möglichst aus Privathand von Selbstfahrer zu kaufen gesucht. Ausführl. Angebote erb. u. S.D. 103 an die Geschäft 3207

Alte Gebisse
kauft zu den höchsten Tagespreisen. 554
Bryn, G 4, 18, II Tr.

Schöner
Fox-Terrier
od. **Pinscher** zu kauf. gesucht. Schäfer, E 1, 14 *7765

Miet-Gesuche

1 oder 2 leere Zimmer
für **Büro** per sofort **gesucht.** 7790
Gefl. Angebote unter H. N. 958 an Rudolf Mosse, Mannheim.

Möbl. Wohn- u. Schlafzimmer
mit gleichzeitig Kochgelegenheit vorhanden, von jungem Ehepaar (Mann Kaufmann) per 1. 9 od. auch später ges. Angebote u. C. N. 86 an die Geschäftsstelle. *7727

Möbl. Zimmer
in ruhigem Hause von solidem Herrn (Kaufm.) gesucht per 1. 9. *7734
Angebote u. C. O. 87 an die Geschäftsstelle.

Im Zentrum der Stadt sucht Geschäftsinhaber
gut möbl. Zimmer
per sofort. Angebote unter Z. 3043 an D. Frenz, Mannheim. 6813

Wohnungstausch
4 Zimmer u. Küche geg. 3 Zimmer u. Küche in Mannheim zu tauschen gesucht. Angebote unter D. A. 99 an die Geschäftsst. *7737

Für die Monate August-September
schön möbl. Einzelzimmer 7613
von besserem Herrn zu mieten gesucht.
Angebote unter S. Q. 106 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Herrschaftliche
8-9 Zimmer-Wohnung
mit allem Zubehör, möglichst in Oststadt, gesucht. Tauschwohnung vorhanden. 7585
Angebote mit Preisangabe unter S. E. 104 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.